

JAKSCH UND BENEŠ IM LONDONER EXIL UND DIE FRAGE DER AUSSIEDLUNG DER SUDETENDEUTSCHEN

Von Friedrich Prinz

In einer Welt, in der Massenvertreibungen, Genozid und Kampf der Nationalitäten und Rassen sozusagen alltägliche Erscheinungen geworden sind, die vielfach kaum mehr als ein müdes Rascheln im Blätterwald der Weltpresse hervorzurufen vermögen, könnte es vielleicht müßig erscheinen, über die Vorstadien einer Massenvertreibung zu berichten, die vor fast 30 Jahren stattfand, nämlich über den Transfer von 3 1/2 Millionen Deutscher aus der Tschechoslowakei nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Denn dies: eine in Prinzip und Methode unmenschliche Massenzwangsaussiedlung war und blieb das Hauptthema der Auseinandersetzungen zwischen Jaksch und Beneš im Londoner Exil, ein Thema, das an Dramatik im Laufe des Krieges sich immer mehr steigerte. Wenn hier darüber zu sprechen ist, dann legitimiert sich ein solches Unterfangen aus dem historisch-wissenschaftlichen Interesse, wie durch das Zusammenspiel verschiedenster transpersonaler und personaler Faktoren geschichtliche Entscheidungen und Katastrophen größten Ausmaßes entspringen. Und je reichhaltiger die Quellen zur Geschichte des Zweiten Weltkrieges fließen, je mehr die Archive ihre oft blutigen Schatzkammern öffnen, umso differenzierter bietet sich das Netz von Kausalitäten, Strukturen und irrationalen Zufällen dar, aus dem Geschichte entsteht.

Quellenmäßige Grundlage dieses Aufsatzes, der zugleich ein Beitrag zur politischen Geschichte des Zweiten Weltkrieges und zur Pathologie des Spätnationalismus in Mitteleuropa sein möchte, ist der Nachlaß von Wenzel Jaksch, des letzten Vorsitzenden der sudetendeutschen Sozialdemokratie in der Vormünchner ČSR, ein Mann, dessen ganze politische Arbeit darauf gerichtet war, durch einen fairen, demokratischen Ausgleich mit den Tschechen und Slowaken in der Nationalitätenfrage einen festen Damm gegen die Flut des Faschismus in Mitteleuropa aufzurichten. Wenzel Jaksch, seine Mitkämpfer und einige Tausend sudetendeutscher Sozialdemokraten waren die ersten Vertreibungsoffer des Nazismus am Vorabend des Krieges, sie wußten, was zwangsweise Emigration bedeutet, und so waren sie auch die legitimsten Kämpfer gegen die Austreibungspläne, die die tschechische Exilregierung gegen die Sudetendeutschen insgesamt entwickelte und nach Kriegsschluß mit unmenschlicher Konsequenz durchführte.

Mag auch manches Wichtige in Jakschs nachgelassenen Papieren verlorengegangen sein, so vermittelt das Verbliebene dennoch einen sehr lebendigen Einblick in das dramatische und am Ende verzweifelte Ringen der sudetendeutschen Sozialdemokraten um eine humane und demokratische Lösung der nationalen Frage nach Beendigung des Krieges. Mit anderen Worten: Hauptthema dieser

Dokumente ist der Kampf gegen die Zwangsaussiedlung von 3 1/2 Millionen Sudetendeutschen, wie sie von der tschechischen Exilpolitik in getreuer Nachfolge hitlerischer Umsiedlungspraktik und -ideologie vorbereitet und schließlich durch-exerziert worden ist¹.

Um dies gleich vorweg zu sagen: Man kann vielleicht über die „Zweckmäßigkeit“, den „Erfolg“ und die „Modalitäten“ von Massentransfers diskutieren, nur eines kann man nicht tun: Politikern, die solche gewaltigen Zerstörungen der Sozialstruktur großer Gebiete gegen den Willen der dort ansässigen und nach Millionen zählenden Bevölkerung zu verantworten haben, die Bezeichnung „demokratisch“ geben. Wenn das Wort Demokratie im allgemeinen Sinne eine ständige Kontrolle der Staatsgewalt von unten beinhaltet, dann ist es einfach nicht auf Politiker anzuwenden, die sich einerseits ein Verfügungsrecht über 3 1/2 Millionen Menschen anmaßen und dieses Recht in der brutalsten Weise gegen eben diese Millionen anwenden, andererseits jedoch dieser Bevölkerung jegliches Mitspracherecht über ihr Schicksal verweigern. Hier helfen keine billigen, scholastischen Spitzfindigkeiten, keine Berufung auf angebliche „Sachzwänge“ der Kriegs- und Nachkriegsentwicklung, keine Hinweise auf „parlamentarische“ Beschlüsse, in denen über diejenigen in der härtesten Form entschieden wird, die in diesem Parlament nicht vertreten sind. Rosa Luxemburg hat mit Recht einmal bemerkt, daß man das Ausmaß an Freiheit, welches ein Staat seinen Bürgern gewähre, am sichersten an den Freiheiten ablesen könne, die er den Andersdenkenden einräume. Auf die tschechische Exil- und Nachkriegspolitik angewendet, zeigt dieser Grundsatz zur Genüge die Absurdität der Versuche, kleinbürgerlichem Chauvinismus ein demokratisches Mäntelchen umzuhängen. Gerade unsere Gegenwart besitzt ein geschärftes Empfinden für verlogenes Finassieren mit einem rein formalistischen Demokratiebegriff, hinter dem sich nichts als autoritäres Denken und Handeln verbirgt. Und gerade unsere Generation wird ohne Mühe zu erkennen vermögen, welcher der beiden Protagonisten im Kampfe um das Schicksal der Sudetendeutschen — Wenzel Jaksch oder Edvard Beneš — Demokratie ernst nahm oder nur als routinemäßig verwendetes Deckblatt im Pokerspiel um Expansion und unkontrollierte Macht benutzte.

Über Jaksch und Beneš ist in den Nachkriegsjahren viel geschrieben worden, eine moderne Monographie gibt es jedoch nur für ersteren². Ebenso findet man über die Vertreibung der Sudetendeutschen eine umfangreiche Literatur politischer und wissenschaftlicher Natur³. Unsere Darlegungen sollen lediglich helfen,

¹ Wenzel Jaksch — Edvard Beneš. Briefe und Dokumente aus dem Londoner Exil 1939—1943. Hrsg. von Friedrich Prinz. Köln 1973 (künftig zit. J a k s c h - B e n e š).

² Martin K. Bachstein: Wenzel Jaksch und die sudetendeutsche Sozialdemokratie. München-Wien 1974 (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 29). Es handelt sich um eine Dissertation aus der Schule Karl Bosls. Eine Auswahl der Schriften Jakschs ist herausgegeben worden von Kern, K.: Wenzel Jaksch — Sucher und Kündler; Wenzel Jaksch — Patriot und Europäer. Bd. 1 u. 2. München 1967. — Eine wichtige Quelle ist J a k s c h, W.: Europas Weg nach Potsdam. Stuttgart ¹1958, Köln ²1967. Teile seines Londoner Briefwechsels mit Edvard Beneš hat W. J a k s c h 1949 unter dem Titel „Benesch war gewarnt!“ veröffentlicht; diese Broschüre ist seit langem vergriffen.

³ Vgl. H. Slapnicka in: Handbuch der Geschichte der böhmischen Länder. Bd. 4. Stuttgart 1970, S. 133 und S. 318 f.

anhand teilweise neuer Dokumente den sudetendeutschen demokratischen Standpunkt klarer als bisher herauszustellen. Es ist dies vom wissenschaftlichen Standpunkt aus ebenso wünschenswert wie vom politischen, schließlich war eine der Hauptwaffen Beneš im Kampf um die Austreibung der Deutschen deren propagandistisch so zweckmäßige Identifizierung mit dem Nazismus. Aus dem nämlichen Grunde war ja auch der tschechischen Exilregierung die Existenz einer sudetendeutschen demokratischen Emigration in London unangenehm, weil sie die international wünschenswerte Optik verdarb, womit man chauvinistische „Raumpolitik“ schlechtweg als Kampf gegen den Faschismus verkaufen konnte.

Fast zwangsläufig steht die Figur Edvard Beneš im Mittelpunkt unserer Veröffentlichung, ein Faktum, das schon deshalb Beachtung verdient, weil verschiedentlich in der Literatur die führende Rolle Beneš in der Transferfrage bezweifelt oder zumindest heruntergespielt worden ist⁴.

Um dies gleich vorwegzunehmen: Der Gedanke einer Massenausiedlung aller Deutschen aus den böhmischen Ländern, der bereits 1918 als Spielmaterial versuchsweise von tschechischer Seite in den diplomatischen Kampf um die Gründung der ČSR eingeflossen war⁵, hatte in den letzten Wochen vor Abschluß des Münchner Abkommens bereits eine sehr konkrete Rolle gespielt, als Beneš mit verzweifelten diplomatischen Anstrengungen versuchte, die Katastrophe abzuwenden.

In diesem harten diplomatischen Ringen, das dem Münchner Abkommen von 1938 voranging, entwickelte Beneš am 16. September in einer Geheimanweisung an den tschechischen Sozialminister Jaromír Nečas für dessen französischen Parteifreund Léon Blum und für den französischen Ministerpräsidenten Daladier seinen neuen Plan zur Lösung der Sudetenfrage. Dieses von der tschechischen Forschung 1957 zugänglich gemachte Dokument sah als äußerste Konzession Prags die Abtretung des Egerlandes außerhalb der tschechischen Befestigungslinie von 1936 sowie eines Landzipfels in Nordostböhmen vor. Es handelt sich um 4000—6000 qkm, die unter der Bedingung abgetrennt werden sollten, daß Deutschland dafür 1,5—2 Millionen Sudetendeutsche in sein Territorium übernehme. Das deutsche Siedlungsgebiet in der ČSR betrug 1938 etwa 30 000 qkm mit 3,39 Millionen Einwohnern. Beneš schlug also vor, daß gegen die Abtretung eines Sechstels der deutschen Siedlungsgebiete der ČSR etwa die Hälfte bis zwei Drittel der Deutschen ausgesiedelt werden sollten⁶. Die Westmächte lehnten damals diesen Plan mit dem Hinweis ab, daß die Staatsgrenze mit der ethnischen Grenze möglichst zur Deckung gebracht werden müsse⁷. Das hier offen zutage tretende

⁴ Diese Tendenz herrscht vor bei Brügell, J. W.: Die Aussiedlung der Deutschen aus der Tschechoslowakei. VfZ 8 (1960) 134—164.

⁵ Vgl. zuletzt Hilf, R.: Deutsche und Tschechen. Bedeutung und Wandlungen einer Nachbarschaft in Mitteleuropa. Opladen 1973, bes. S. 84.

⁶ Pachtá-Reimann, P.: O nových dokumentech k otázce Mnichova [Über neue Dokumente zur Münchner Frage]. In: Příspěvky k dějinám KSČ. Bd. 1. Prag 1957, S. 104 ff. Nachdruck mit einem Faksimile v. Beneš Handschriftennotiz in: Mnichova v dokumentech [München in Dokumenten]. 2 Bde. Prag 1958, hier Bd. 2, S. 209 f.

⁷ Dies entsprach der Haltung von Lloyd George, wie er sie bereits bei den Verhandlungen über die Staatsgründung 1918/19 vertreten hatte. Perman, D.: The Shaping

Desinteresse der Westmächte an dem Kardinalproblem der ČSR, welches diesen Staat dem Zugriff Hitlers freigab, war — dies sei nicht vergessen — die logische Folge des tschechoslowakisch-sowjetischen Freundschaftsvertrages von 1935, womit die ČSR ihre *raison d'être*, ihren entscheidenden Entstehungsgrund negierte, nämlich: ein zuverlässiger Vertragspartner innerhalb eines antisowjetischen „cordon sanitaire“ zu sein⁸. Beneš trat daraufhin am 5. Oktober zurück. Die Nečas-Instruktion macht m. E. die Konsequenzen sehr deutlich, die sich für Beneš aus der Abkehr von seinen Hoffnungen auf Assimilation der Sudetendeutschen ergaben. Von diesem Moment an war der Aussiedlungsgedanke — auch ohne äußeren Druck — ein fester Bestandteil aller möglichen politischen Konzeptionen, die Beneš im Exil entwickelte.

Damit stehen wir am Beginn jenes Zeitabschnittes, der durch den Nachlaß Jakschs mit erhellt werden kann. In London begann im Herbst 1938 das zweite Exil Edvard Benešs, und zwar unter den ungünstigsten Vorzeichen, denn man nahm ihn dort, wenn überhaupt, nur als geflüchteten Privatmann zur Kenntnis. So reiste er im Februar 1939 enttäuscht nach Amerika weiter, wo er durch alte politische Verbindungen eine Professur in Chicago erhalten konnte. Erst im Juli 1939 kehrte er nach England zurück⁹. Aus der Zeit des ersten Londoner Aufenthaltes, nämlich vom 31. Januar 1939, ist nur ein Gedächtnisprotokoll erhalten, das eine mehrstündige Unterredung Benešs mit seinem Mitarbeiter Dr. Drábek resümiert und auch Auskunft über die damaligen Anschauungen des Exilpolitikers zum Sudetenproblem wiedergibt¹⁰. Drábek hat das Ergebnis dieses Gespräches auch in einer Kartenskizze festgehalten, auf der er alle jene Gebiete einzeichnete, die nach Benešs Meinung an Deutschland abgetreten werden sollten. Dazu gehörte Westböhmen von Tachau bis zum Duppauer Gebirge einschließlich Karlsbad, Kaaden und Weipert, in Nordböhmen das Gebiet von Aussig mit Tetschen-Bodenbach und Reichenberg, der Braunauer Zipfel in Ostböhmen und ferner kleinere Teilbereiche um Grulich, Nikolsburg, Bistritz und Kaplitz. Außer der eingezeichneten Grenzlinie, die die Abtretung eines bedeutenden Gebietes vom Grulicher Schneeberg über Mährisch-Schönberg und Römerstadt bis zur Oppa vorsah, gab es auf dieser Karte noch eine zweite gestrichelte Linie, die eine beträchtliche Ausweitung des tschechoslowakischen Staatsgebietes nach Norden andeutete.

Nach den schriftlichen Anmerkungen Drábeks sollte die Tschechoslowakei durch Gebietsabtretungen dieser Größenordnung etwa 1,4 Millionen deutsche Einwohner verlieren.

Man hat nun diese Aufzeichnungen mit Recht dahingehend interpretiert, daß

of the Czechoslovak State. Diplomatic history of the boundaries of Czechoslovakia 1914—1920. Leiden 1962, bes. S. 159 u. passim.

⁸ Per man 81 ff.

⁹ Seibt, F.: Beneš im Exil 1939—1945. In: Beiträge zum deutsch-tschechischen Verhältnis im 19. und 20. Jahrhundert. München 1967, S. 143 ff. (Veröffentlichungen des Collegium Carolinum 19).

¹⁰ Křen, J.: Odsun Němců v světle nových pramenů [Der Abschied der Deutschen im Lichte neuer Quellen]. In: Dialog Nr. 4 und 5 (1967) 1 ff.

sie eine unmittelbare Anknüpfung an die Nečas-Instruktion vom 16. September 1938 darstellen, die sowohl Gebietsabtretungen wie auch Bevölkerungstransfer beinhaltete. Der Transfergedanke gehörte also seit September 1938 zu den Möglichkeiten, die Beneš immer wieder durchspielte, ins Kalkül zog und, je nach der konkreten politischen Großwetterlage, entweder kaschierte oder peu à peu in den Vordergrund rückte¹¹. Wichtig ist dabei vor allem, daß seit dem Schock des Münchner Abkommens für Beneš und seine Mitarbeiter der Gedanke einer Aussiedlung der Deutschen aus der ČSR fester Bestandteil einer politischen Konzeption für die Nachkriegs-Tschechoslowakei geworden ist und daß dieser Gedanke nicht von außen an ihn herangetragen oder gar erst durch kommunistische Konkurrenzpropaganda ihm gewissermaßen aufgezwungen wurde¹².

Freilich, für Pläne zur Erweiterung des tschechischen „Lebensraumes“, wie Beneš später in decouvrierender Anlehnung an die Nazi-Terminologie formulierte¹³, war die Zeit vor der Annexion der restlichen Tschechoslowakei der denkbar ungünstigste Augenblick, sowohl was die internationale, von der englischen Appeasement-Politik bestimmte Lage betraf wie auch hinsichtlich der Situation der tschechischen Emigranten. Demgegenüber war die Ausgangslage der sudetendeutschen Emigration in England wesentlich günstiger. Schon rein zahlenmäßig war das deutsche sozialdemokratische Exil in England, das sich die Bezeichnung „Treuegemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten“ gegeben hatte, stärker als das tschechische. Ferner mußte es für die Tschechen ein schweres politisches Handicap sein, daß auch nach Ausbruch des Zweiten Weltkrieges keine von den Westmächten die Wiederherstellung der Tschechoslowakei in den Vormünchner Grenzen unter ihre Kriegsziele aufgenommen hatte¹⁴. Die deutsche Emigration aus der ČSR mit Wenzel Jaksch an der Spitze genoß ein gewisses Wohlwollen der englischen Regierung und glaubte der weiteren Entwicklung der Weltpolitik und der deutschen Frage mit einiger Ruhe entgegensehen zu können. Die Beziehungen zur tschechischen Emigration waren kühl bis neutral, nicht zuletzt deshalb, weil die (sudetendeutschen) sozialdemokratischen Flüchtlinge in der Nachmünchner Republik nicht die angenehmsten Erfahrungen gesammelt hatten. Sie waren von den staatlichen Organen vielfach im Stich gelassen und als Antifaschisten den NS-Behörden ausgeliefert worden; man nannte damals die Zahl von 20 000 sudetendeutschen Demokraten, die „mit größter Härte durch die

¹¹ Selbst Br ü g e l, J. W.: Die Aussiedlung der Deutschen 163 möchte nicht ausschließen, daß Beneš „ins Kalkül zog“, in der deutschen Frage Tabula rasa zu machen.

¹² Drei in Paris lebende sudetendeutsche Sozialdemokraten, J. W. Br ü g e l, L. Goldschmidt und W. Kolarz, wandten sich bereits im Herbst 1939 mit einer Schrift „Le problème du transfer de populations“ gegen Aussiedlungspläne, die in der tschechischen Emigration ventiliert wurden. Nach W i s k e m a n n, E.: Germany's Eastern Neighbours. London 1956, S. 62, hatte ihr Hubert Ripka, einer der engsten Mitarbeiter Benešs, brieflich mitgeteilt, daß er mit Beneš erstmals im Dezember 1938 die praktischen Möglichkeiten eines Abschubs der Sudetendeutschen besprochen habe. Vgl. J a k s c h: Europas Weg 440, 505 f. — H i l f: Deutsche und Tschechen 84 f.

¹³ Č e r n ý, B.: Dr. Eduard Beneš und die deutsche Frage während des Zweiten Weltkrieges. In: Aktuelle Forschungsprobleme um die Erste Tschechoslowakische Republik. München 1969, S. 171 ff., hier S. 174.

¹⁴ K ř e n: Odsun němců 3.

tschechische Gendarmerie und die Zivilbehörden in die [an Deutschland abgetretenen] deutschen Kreise zurückgetrieben worden waren“¹⁵, eine böse Erfahrung, die es aber verständlich macht, warum man in der Emigration vorerst die Kontakte mit dem tschechischen Exil eher mied als suchte. In dieser psychologischen Situation der etwa 3000 sudetendeutschen Sozialdemokraten in England ein globales Treuebekenntnis zum tschechoslowakischen Staat der Vormünchner Zeit zu erwarten, wäre naiv. Dies vor allem deshalb, weil in der Konstellation des Jahres 1939 auch auf internationaler Ebene niemand bereit war, im Falle der Tschechoslowakei für eine „Restitutio in integrum“ einzutreten.

Vom Standpunkt des Historikers aus ist es deshalb falsch und unzulässig, es Wenzel Jaksch als „Nationalismus“ anzukreiden, weil er sein politisches Kalkül auf die politischen Realitäten nach München abstellte und mit der Zugehörigkeit der sudetendeutschen Gebiete zu Deutschland auch für die Zeit „nach Hitler“ rechnete. Schließlich war ja die Tschechoslowakei nicht nur durch München in Frage gestellt und durch Hitlers Überfall auf die restliche Tschechoslowakei vernichtet worden, sondern auf ihrem ehemaligen Territorium war ein slowakischer Staat entstanden, der u. a. seit dem 16. September 1939 auch von der Sowjetunion offiziell anerkannt war¹⁶. Nimmt man hinzu, welch zähen politischen Kampfes es bedurfte, ehe Edvard Beneš seine folgenreiche These von der staatsrechtlichen Kontinuität des tschechoslowakischen Staates in den Vormünchner Grenzen auf internationalem Parkett durchsetzen konnte¹⁷, dann gewinnt man ein Verständnis dafür, daß die sudetendeutsche Emigration nicht einfach zu politischen Zuständen zurückkehren wollte und konnte, die für sie mit der quälenden Erinnerung an Erfolglosigkeit, Verlust der Wählermassen und an die politische Intransigenz der maßgeblichen tschechischen Politiker verbunden war¹⁸. Schärfer als Wenzel Jaksch haben Eugen de Witte und Franz Katz die grundsätzliche Reserve gegenüber einem neuen tschechischen Staate zum Ausdruck gebracht, die in einem internen Diskussionspapier der sudetendeutschen sozialdemokratischen Emigration zwar betonten, man verstehe die Bestrebungen der Tschechen nach einem eigenen Staat und billige sie, aber gleichzeitig es ablehnen zu müssen glaubten, unter denselben Bedingungen wie während der Ersten Republik in den tschechischen Staat zurück-

¹⁵ So der Londoner „Daily Telegraph“ vom 12. Oktober 1938. Vgl. dazu Bachstein, M.: Die Politik der Treuegemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten als Hauptpräsentanz des deutschen Exils aus der tschechoslowakischen Republik. In: Bosl, K. (Hrsg.): Das Jahr 1945 in der Tschechoslowakei. München/Wien 1971, S. 65—100, hier S. 66 f. Dieser Beitrag von Bachstein und seine Jaksch-Monographie sind die bislang wichtigsten und am besten fundierten Darstellungen der deutschen Emigration in England, auf die immer wieder zurückverwiesen wird.

¹⁶ Eine De-facto-Anerkennung des slowakischen „Satellitenstaates“ sprachen Frankreich und Belgien am 14. Juli 1939 aus, Großbritannien am 4. Mai 1939. De-jure-Anerkennungen gingen u. a. von Polen (15. März 1939), Ungarn (16. März 1939), Jugoslawien (8. Juni 1939), UdSSR (16. September 1939) ein. Die USA sprachen weder eine De-facto- noch eine De-jure-Anerkennung aus; vgl. Mikus, J. A.: Slovakia. A Political History: 1918—1950. Milwaukee-Wisconsin 1963, S. 90 f.

¹⁷ Bachstein: Jaksch 233 ff.

¹⁸ Jaksch: Europas Weg 265 ff.

zukehren. Wörtlich heißt es dann in diesem Papier, von dem Beneš rasch durch seine Konfidenten in den Reihen der sudetendeutschen Sozialdemokraten Kenntnis erhielt, weiter: „Alle Sympathie für den tschechischen Freiheitskampf kann und darf an der Tatsache nichts ändern, daß wir nicht ein Teil des tschechischen Volkes sind und daß dessen Ziel — die Wiederherstellung eines tschechischen Staates — nicht einfach auch das unsere sein kann. Wir können auch darum unsere Menschen nicht auf *Gut Glück* oder auf *Werde Was Mag* in die tschechischen Legionen eintreten lassen und möglicherweise sogar gegen unsere deutschen Heimatgenossen für die Wiederherstellung eines tschechischen Staates“ [kämpfen lassen]¹⁹.

Diese nach Kriegsausbruch und in Abwesenheit des Parteivorsitzenden Jaksch, der damals in Schweden weilte, geäußerten Auffassungen beleuchten schlaglichtartig die politische Szenerie. Der Krieg selbst zwang jetzt zu klaren Stellungnahmen, wenn man so will, zum Farbe bekennen in konkreten Situationen, wie dies die von de Witte und Katz angeschnittene Frage des Eintritts der sudetendeutschen Sozialdemokraten in die tschechische Auslandsarmee eindringlich demonstrierte.

Noch kurz vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges hatte Wenzel Jaksch in einer programmatischen Schrift mit dem Titel „*Was kommt nach Hitler?*“ versucht, eine Antwort auf die Frage zu geben, wie sich das für ihn zentrale Verhältnis zwischen Tschechen und Sudetendeutschen in einem neuen Europa nach dem Ende des Faschismus gestalten sollte²⁰. Diese Schrift war, was verschiedentlich übersehen wird, gleichermaßen programmatisch wie taktisch konzipiert. Taktisch war sie vor allem deshalb, weil Jaksch wußte, daß die englische Regierung auf das tschechische Exil einen merklichen Druck ausübte, sich mit der sudetendeutschen sozialdemokratischen Emigration, also mit Wenzel Jakschs „Treuegemeinschaft“, grundsätzlich über die künftige Staatsgestaltung in einer neuen ČSR zu einigen. Diese Einigung wurde englischerseits in dieser Anfangsphase des Krieges als eine Art Vorbedingung für die offizielle Anerkennung der tschechoslowakischen Auslandsregierung betrachtet²¹. Hier bestand also ein deutliches Junktum zwischen den tschechischen Zielen und der sudetendeutschen Frage, und Jaksch hätte leichtsinnig gehandelt, wenn er bedingungslos auf tschechische Kooperationsangebote eingegangen wäre, die alles, was die Zukunft in der Heimat anbetraf, bewußt in der Schwebe ließen. Natürlich hat Beneš nicht verabsäumt, in der dramatischen Schlußphase der Auseinandersetzungen mit der „Treuegemeinschaft sudetendeutscher Sozialdemokraten“ und besonders mit Jaksch selbst die Zurückhaltung hinsichtlich eines bedingungslosen Treuebekenntnisses zur Vormüchner Republik als eine Art Hochverrat zu brandmarken, und ein Teil der Sekundärliteratur ist ihm aus naheliegenden Gründen in dieser Beurteilung gefolgt²². In der politischen Atmosphäre des Jahres 1939 wäre jedoch ein solches bedingungsloses Mitläufer-

¹⁹ Zitiert nach Bachstein: Treuegemeinschaft 71 f.

²⁰ Jaksch-Beneš, Dokument Nr. 1, S. 55 ff.

²¹ Křen: Odsun němců 3.

²² Bachstein: Treuegemeinschaft 71 ff.

tum mit den stereotyp aufrechterhaltenen Staatszielen und Parolen eines unlehrbaren tschechischen Nationalismus für Jaksch und die „Treuegemeinschaft“ undenkbar, ja selbstmörderisch gewesen. Dabei war es aber keineswegs so, daß sich Jaksch auf einen grundsätzlich „großdeutschen“ Standpunkt stellte, wie dies die Genossen de Witte und Katz taten²³, sondern er bezog eine mittlere Position, die das Zusammengehen mit dem tschechischen Exil an gewisse nationalpolitische Minimalforderungen knüpfte, das heißt, Beneš ganz konkret an bestimmte Zusagen hinsichtlich der Stellung der Sudetendeutschen in einer erneuerten ČSR binden wollte. Aufschlußreich ist in diesem Zusammenhang das erste Treffen mit dem tschechischen Exilpräsidenten, das am 3. August 1939, also kurz vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, in London stattfand. Jaksch berichtete über die Unterredung bereits am nächsten Tage an Siegfried Taub nach Schweden, und dieser ausführliche Brief vom 4. August vermittelt wertvolle Aufschlüsse über das zwar freundliche, aber unterschwellig distanzierte Verhältnis zweier Männer, die vor dem Münchner Abkommen politisch so eng zusammengearbeitet hatten²⁴. Man bezog zwar bestimmte, nicht sehr klar umrissene Positionen, ließ sich aber ansonsten nicht in die Karten sehen. Beneš entwarf am Beginn ein zwar allzu optimistisches, aber im ganzen doch zutreffendes Bild der weiteren weltpolitischen Entwicklung. Sobald jedoch Probleme der inneren Staatsgestaltung einer künftigen Republik zur Sprache kamen, wurde das Gespräch „mit beiderseitiger Zurückhaltung“ geführt. Jaksch ließ allerdings keinen Zweifel darüber, daß in einem neuen Staatswesen grundsätzliche strukturelle Änderungen durchgeführt werden müßten, vor allem war das Verhältnis zwischen Tschechen und Sudetendeutschen betraf. Beneš verwendete bereits damals die unverbindliche und variable Formel, man müsse es „der Entscheidung der Realfaktoren“ überlassen, ob das Sudetengebiet ganz oder teilweise einer restaurierten Republik einverleibt werde, das heißt, er brachte schon bei diesem ersten Gespräch auf englischem Boden wieder Pläne ins Spiel, die erstmals 1938 im Zusammenhang mit der Nečas-Instruktion von ihm ventiliert worden waren²⁵. Jaksch scheint darauf nicht näher eingegangen zu sein, sondern sondierte seinerseits, ob Beneš bereit sein würde, das sudetendeutsche Problem auf der Grundlage des sogenannten „IV. Plans“ vom Herbst 1938 zu diskutieren. Dieser IV. Plan, der nach Jakschs späterer Darstellung auf ein Memorandum zurückging, das die sudetendeutschen Sozialdemokraten für die Mission des Lord Runciman im August 1938 ausgearbeitet hatten und das auf dem Umweg über Benešs Sekretär Prokop Drtina zum letzten, sehr weitreichenden Verhandlungsangebot der tschechoslowakischen Regierung an die Sudetendeutschen umgearbeitet wurde, hatte u. a. die nationale Proportionalität im öffentlichen Dienst, eine Novellierung des Sprachengesetzes zugunsten des Deutschen als zweiter Staatssprache und eine 700 Millionen-Kč-Anleihe für die deutschen Notstandsgebiete vorgesehen. Er war vor allem auf einer Kombination von Personal- und Territorialautonomie aufgebaut, wie sie Karl Renner und

²³ E b e n d a.

²⁴ J a k s c h - B e n e š, Dokument Nr. 2, S. 80 ff.

²⁵ Siehe oben S. 258.

Otto Bauer für die Donaumonarchie entwickelt hatten²⁶. Beneš wollte jedoch lieber auf den sogenannten III. Plan zurückgehen, den die Prager Regierung schon früher als Verhandlungsgrundlage gegenüber den Karlsbader Forderungen Konrad Henleins entwickelt hatte und der dementsprechend weniger Konzessionen enthielt als der unter englischem Druck entstandene IV. Plan. Letzteren wollte Beneš jetzt lediglich als ein taktisches Mittel zur Demaskierung Henleins verstanden wissen. Die Gegensätze traten also bereits in dieser unterschiedlichen Ausgangsposition klar zutage, und demgegenüber wollte es wenig bedeuten, daß man eine „Schweizer Lösung“ als erstrebenswertes Maximalziel bezeichnete, denn die Formel von der „Verschweizerung“ der ČSR hatte sich schon in der Ersten Republik als dubioses und mißverständliches Programm, besser gesagt, als politische Chimäre erwiesen. So verblieb man schließlich dabei, einen „freundschaftlichen Gedankenaustausch“ bei gegenseitiger Loyalität zu pflegen, womit keine Tür zugeschlagen wurde. Bemerkenswert ist, daß Jaksch am Schluß seines Briefes der Befürchtung Ausdruck verlieh, daß sich die reichsdeutsche demokratische Emigration auf Kosten der Sudetendeutschen mit den Tschechen über den künftigen Status der ČSR einigen könne, eine Befürchtung, die nicht ganz unbegründet war. Immerhin glaubte Jaksch damals noch, daß Beneš die Vorteile der tschechischen Position überschätze, und vor Ausbruch des Krieges war dies eine durchaus zutreffende Einschätzung der Lage²⁷. Vielleicht hing es aber damit zusammen, daß Jaksch noch nicht die Tragweite der Doktrin von der Kontinuität des tschechoslowakischen Staates erkennen konnte, die ihm Beneš damals vortrug und deren schrittweise Rezeption durch die Alliierten eine der diplomatischen Hauptleistungen des Exilpräsidenten sein sollte. In dem Maße, wie es dem tschechischen Politiker gelang, in einem bemerkenswerten Akt von „selffulfilling prophecy“ der „Kontinuitätstheorie“ allgemeine Anerkennung zu verschaffen, mußte auf der anderen Seite automatisch das Verhalten der Sudetendeutschen vor und nach 1938 kriminalisiert, zum „Hochverrat“ hochgespielt und damit eine psychologische Ausgangsbasis geschaffen werden, von der aus der Abschub der Sudetendeutschen und die Vermögenskonfiskation 1945 einen pseudolegalen Anstrich erhielt. Wie weitreichend die Folgen der Kontinuitätstheorie waren, beweist ja bis heute die erbitterte Auseinandersetzung um die Ex-tunc-Ungültigkeitserklärung des Münch-

²⁶ J a k s c h : Europas Weg 1308 f., 2311 f. Nach B r ü g e l, J. W.: Tschechen und Deutsche. 1918—1938. München 1967, S. 462, hat Jaksch aber erst am 7. September auf der Prager Burg etwas von der Existenz eines IV. Planes erfahren, danach hatte man die Sozialdemokraten „links liegengelassen“.

²⁷ Frankreich sprach erst am 14. November 1939 eine provisorische Anerkennung des tschechoslowakischen Nationalausschusses aus, England am 20. Dezember 1939. Irgendwelche Festlegungen hinsichtlich des Sudetenproblems waren jedoch damit nicht verbunden. Die endgültige Anerkennung Beneš als Exilpräsident sprach England erst am 18. Juli 1941, das heißt nach dem Überfall Deutschlands auf die Sowjetunion aus, die ihrerseits an diesem Tage die ČSR wieder als Staat anerkannt hatte. Von den sechs Forderungen, die Beneš damals der britischen Regierung vorlegte, wurden zwei von Großbritannien nicht anerkannt: die staatliche Kontinuität und der Anspruch auf die alten Vormünder Grenzen. Vgl. Č e r n ý : Dr. Eduard Beneš und die deutsche Frage 178 f.

ner Abkommens²⁸. Die verschiedentlich in der Literatur anzutreffende Auffassung, Jaksch hätte mehr für seine Landsleute erreicht, wenn er von Anfang an entschieden auf dem Boden der tschechoslowakischen Kontinuitätstheorie gestanden hätte, ist leider völlig unbeweisbar und außerdem mit dem Wissen um die spätere Entwicklung, also mit einem historischen Ex-post-Standpunkt, belastet. Wenn man es schon dem sozialdemokratischen Exilpolitiker ankreidet, daß er sich nicht a priori und quasi mit einer Blankovollmacht in das tschechische Lager begab, sondern vorerst Festlegungen aus wohlwollenden Gründen und bitteren Erfahrungen vermied, dann muß man billigerweise auch an Beneš dieselbe Frage richten: die Frage nämlich, warum er als maßgeblicher Repräsentant des freien, das heißt politisch willensfähigen Tschechentums es peinlichst vermied, sich auch nur im geringsten in der sudetendeutschen Frage festzulegen? Man müßte Wenzel Jaksch einer geradezu sträflichen Vertrauensseligkeit in den Goodwill eines erfahrenen nationalistischen Taktierers und Finasseurs bezichtigen, wenn er nicht schon von Anfang an in Benešs Lavieren den „Dolus eventualis“ herausgespürt hätte. Daß er Beneš nicht unterschätzte, erhellt aus den Besorgnissen, die er am Schluß seines Briefes an Siegfried Taub äußerte.

Wie wenig Jaksch auf eine doktrinaire Festlegung des politischen Kurses der sudetendeutschen Exilsozialisten fixiert war, geht allein aus einem Vergleich dieses ersten Gesprächs mit Beneš mit Überlegungen hervor, die er — wie bereits erwähnt — in den Sommermonaten des Jahres 1939 unter dem Titel „Was kommt nach Hitler? — Möglichkeiten und Voraussetzungen einer demokratischen Föderalisierung Zentraleuropas“ niederlegte und in hektographierter Form parteiintern und an englische Sympathisanten verschicken ließ²⁹. Während er vor 1938 noch für eine Donauföderation eingetreten war, stellte er sich in dieser Schrift auf den Standpunkt, daß ein freies und demokratisches, nachhitlerisches Deutschland die ethnischen Grenzen behalten müsse, die es 1938 erreicht hatte, weil „ein deutsches Freiheitsregime“ seiner Auffassung nach nicht auf „wesentliche Lebensinteressen des deutschen Volkes“ verzichten könne. Man mag dies als „großdeutsch“ bezeichnen, doch ist dieser Begriff viel zu sehr durch nazistische Vorstellungen belastet und verzerrt worden, als daß man mit ihm ein richtiges Verständnis von Jakschs Gedanken gewinnen könnte. Nimmt man indessen, wie es sachlich und methodisch allein zulässig ist, Jakschs „Volkssozialismus“ zum Ausgangspunkt, dann ergibt sich daraus folgendes: Nach seiner Überzeugung, die in den Erfahrungen der Donaumonarchie wurzelte, wo der Nationalismus die sozialistische Bewegung Schritt für Schritt aufgespalten hatte³⁰, konnte ein sozialistischer Aufbau erst dann erfolgen, wenn die nationalen Fragen befriedigend ge-

²⁸ Vgl. zuletzt Kimminich, O.: Das Münchner Abkommen in der tschechoslowakischen Literatur seit dem Zweiten Weltkrieg. München 1968. — Singbartl, H.: Die Durchführung der deutsch-tschechoslowakischen Grenzregelung von 1938 in völkerrechtlicher und staatsrechtlicher Sicht. München 1971.

²⁹ Jaksch-Beneš, Dokument Nr. 1, S. 55 ff.

³⁰ Vgl. darüber Mommson, H.: Die Sozialdemokratie und die Nationalitätenfrage im habsburgischen Vielvölkerstaat. Wien 1963 und F. Prinz in: Handbuch der Geschichte der böhmischen Länder. Bd. 3. Stuttgart 1968, S. 213 ff.

löst waren. Die Zersetzung der Versailler Friedensordnung durch verschiedene Nationalismen hatte ihm den negativen Beweis für die Richtigkeit seiner Auffassung geliefert, daß ein demokratischer Sozialismus nicht mit nationalen Hypothesen belastet und damit von Anfang an gefährdet werden dürfe. Nur deshalb, nicht jedoch wegen einer angeblichen Faszination durch die territoriale Expansion Hitler-Deutschlands war Jaksch für die Beibehaltung der deutschen Grenzen von 1938, also jener Grenzen, die sich zweifelsfrei auf deutsches Siedlungsgebiet bezogen. Wie sehr national frustrierte Minderheiten zum Werkzeug expansiver faschistischer Großmachtspolitik werden konnten, hatte Jaksch am eigenen Leibe erlebt. Nur aus diesem Grunde polemisierte er dagegen, das Selbstbestimmungsrecht der Deutschen in den böhmischen Ländern wiederum zu ignorieren, wie dies in Versailles und St. Germain geschehen war. Es schien ihm absurd, einem nachhitlerischen, demokratisch erneuerten Deutschland Rechte zu verweigern, die man Hitler in München konzidiert hatte. Konsequenterweise lehnte er es daher auch ab, auf das Selbstbestimmungsrecht für die 3 1/2 Millionen Sudetendeutschen nur deshalb zu verzichten, weil es 1938 vom Nazismus für imperialistische Ziele instrumentalisiert und mißbraucht worden war. Was ihm vorschwebte, war eine mitteleuropäische Föderation mit weitgehenden wirtschaftlichen Verklammerungen, welche die Nachteile einer ethnischen Grenzziehung für die kleineren Nationen Europas ausgleichen sollte. Dies betraf auch vor allem die ČSR, die nach wiederholtem eigenem Eingeständnis ohne die deutschen Randgebiete nicht lebensfähig war. Das Prinzip des Föderalismus war als Ausweg aus diesem Dilemma gedacht. Nur im Kontext solcher Vorstellungen sind Mißverständnisse zu vermeiden, die unbeabsichtigt oder absichtsvoll hervorgerufen werden können, wenn man Sätze aus dem Kontext reißt wie etwa folgenden: „... So ist es das selbstverständliche Recht der Deutsch-Österreicher, durch freies Plebiszit zu entscheiden, ob sie als selbständiger Staat oder als Provinz Großdeutschlands der innereuropäischen Föderation angehören wollen. Für die Sudetendeutschen fordern wir ebenfalls das Recht, in freier Entscheidung zu bestimmen, ob sie als autonomer Sektor innerhalb der historischen Provinzen Böhmen-Mähren, also in engerem Staatsverband mit den Tschechen, oder als deutsche Reichsprovintz der Föderation angehören wollen“³¹.

Es steht außer Frage, daß mit Formulierungen dieser Art an den empfindlichsten Nerv der tschechoslowakischen Staatskonstruktion gerührt wurde, nämlich an die schon 1918 diskutierte Frage, ob ein tschechoslowakischer Staat ohne die industrialisierten deutschen Randgebiete überhaupt lebensfähig sei³²? Man sollte sich aber davor hüten, aus solchen zwangsläufigen Fragen nach der Raison d'être der ČSR ein Argument gegen Jaksch gewinnen zu wollen. Denn, so wäre umgekehrt zu fragen, worin unterscheidet sich eine Staatskonstruktion, die zu ihrer „Lebensfähigkeit“ der zwangsweisen Einverleibung von 3 1/2 Millionen „Fremdnationaler“ bedarf, grundsätzlich noch von der faschistischen Ideologie, daß das

³¹ J a k s c h - B e n e š, Dokument Nr. 1, S. 75.

³² Vgl. für 1918/19 P e r m a n, bes. 71 ff. u. 156 ff.

deutsche Volk zu seiner Existenz „Lebensraum“ im Osten, also etwa eindeutig polnisches Siedlungsgebiet, bedürfe? Schließlich sollte nicht vergessen werden, daß Jaksch dieses offensichtliche Dilemma der tschechoslowakischen Staatskonstruktion, das ja nicht erst 1938 „erfunden“ worden ist, durch eine enge mitteleuropäische Wirtschaftsgemeinschaft zu lösen versuchte. Ebenso darf nicht übersehen werden, daß Jaksch auch in dieser am weitesten dem „großdeutschen“ Standpunkt angenäherten Schrift gegenüber der Position de Wittes und Katzens eine vermittelnde Stellung einnahm, denn der „engere Staatsverband mit den Tschechen“ bei Gewährung von Autonomie wird ja ausdrücklich als eine mögliche Lösung des Sudetenproblems angesprochen. Selbst wenn man dies als taktische Konzession Jakschs gegenüber dem bedingungslos protschechischen Gewerkschaftsflügel innerhalb der sudetendeutschen Emigration interpretieren will, muß man doch beachten, daß es zugleich eine gute Ausgangsposition für Verhandlungen mit Beneš sein konnte, dies um so mehr, wenn man weiterhin in Betracht zieht, daß Beneš bis 1941 um seiner internationalen Position willen an einer Einigung mit dem sudetendeutschen Exil gelegen sein mußte³³.

Mit dem Ausbruch des Zweiten Weltkrieges am 1. September 1939 traten alle vorausgegangenen politischen „Planspiele“ des tschechischen wie des sudetendeutschen Exils in ein neues und wesentlich konkreteres Stadium. Nun galt es eindeutig Stellung zu beziehen. Jaksch weilte zu diesem Zeitpunkt in Schweden. In seiner Abwesenheit überreichten die Londoner Vorstandsmitglieder der „Treuegemeinschaft“ Fritz Kessler, Franz Kögler und Robert Wiener Beneš eine Erklärung, in der sie ihn als Staatsoberhaupt auch der Sudetendeutschen anerkannten. Beneš schien verhandlungswillig und zu bedeutenden Konzessionen bereit. Er sprach von einer Dreiteilung des Staatsgebietes in tschechische, deutsche und gemischte Verwaltungsgebiete, von Dezentralisierung, (nationaler) Proportionalität des Staatsapparates und von Minderheitenschutz. Gleichzeitig erwähnte er aber auch, daß aufgrund der deutschen Terrorherrschaft im Protektorat Böhmen und Mähren dort bereits von der Austreibung der Deutschen gesprochen würde, lehnte aber für seine Person solche Pläne als „Dummheiten“ ab. Am 3. Oktober 1939 bekannte sich eine Abordnung der sudetendeutschen sozialdemokratischen Gewerkschaftler in England vor Beneš zur Erneuerung der Republik in den Vormüchener Grenzen. Richard Reitzner, der als Oberlagerleiter der drei in Margate befindlichen Flüchtlingslager fungierte, unterschrieb damals zusammen mit Fritz Kessler einen Aufruf, worin den sudetendeutschen Emigranten der Eintritt in die tschechische Legion empfohlen wurde³⁴. Es handelte sich zweifellos um spontane, durch den Kriegsausbruch hervorgerufene Reaktionen, denn der „großdeutsche“ Flügel der „Treuegemeinschaft“, nämlich de Witte und Katz, erklärten in einem Brief an Beneš, daß diese Aktionen „eigenmächtig, ohne Wissen der Partei und ihrer verantwortlichen Funktionäre“, erfolgt seien. Des weiteren wurde festgestellt, daß der Brief von Kessler, Kögler und Wiener „im schärfsten Gegensatz“ zu der „offiziellen Erklärung“ der Partei in der Osloer „Sudetenen-

³³ Siehe oben S. 258.

³⁴ B a c h s t e i n : Treuegemeinschaft 70 ff.

freiheit“ stehe, in der die „Erringung des Selbstbestimmungsrechtes“ als Ziel sozialdemokratischer Politik bezeichnet worden war³⁵.

Als Jaksch aus Schweden zurückkehrte, drohte also bereits eine Spaltung des sudetendeutschen Exils, und der Vorsitzende der „Treuegemeinschaft“ hatte in den nächsten Monaten alle Hände voll zu tun, um diesen Zustand einigermaßen zu überwinden. Erschwert wurden diese Bemühungen durch zwei Tatsachen: Erstens war Beneš durch Konfidenten glänzend über die internen Spannungen der Treuegemeinschaft unterrichtet und damit jederzeit in der Lage, sie für seine Zwecke zu instrumentalisieren³⁶. Aufgrund dieser Kenntnis konnte er von sich aus die Spaltungstendenzen verstärken. Dies geschah bereits durch einen im Januar 1940 erlassenen Aufruf in tschechischer und deutscher Sprache, in dem Beneš zum Eintritt in die tschechoslowakische Exilarmee aufforderte. Außer einem pauschalen Lob der Vormünchner Republik („Wir waren in Mittel- und Osteuropa der politisch beste Staat, sozial der weit fortgeschrittenste, in nationalen Fragen der toleranteste ...“) und der Versicherung, daß auch dem einfachen deutschen Menschen ein friedliches Leben in einem ruhigen und freien, in einem besseren und gerechteren Europa ermöglicht werden müsse, enthielt der Aufruf keinerlei politisch relevante Zusicherungen an die deutschen Seite.

Der Zwang zu einer grundsätzlichen Stellungnahme von sudetendeutscher Seite war aber damit gegeben, und nach längeren Beratungen, zu denen als Vertreter des Exils in Schweden auch Ernst Paul herangezogen wurde, kam es zur sogenannten *Holmhurster Grundsatzerklärung* vom 10. März 1940³⁷. So stark in dieser Deklaration auch das Selbstbestimmungsrecht für die Sudetendeutschen in den Vordergrund gestellt wird, trägt dieses Dokument doch Kompromißcharakter, vor allem im Hinblick auf den „tschechoslowakischen“ Flügel innerhalb der sozialdemokratischen deutschen Emigration. Dies geht etwa daraus hervor, daß das Bekenntnis zum Selbstbestimmungsrecht ausdrücklich mit der „Anerkennung aller wirtschaftlichen und geographischen Verbundenheiten des Sudetengebietes mit den historischen Räumen Böhmens und Mährens“ gekoppelt erscheint. Eine Lösung der deutsch-tschechischen Grenzfragen durch „zwangsweisen Bevölkerungsaustausch“ wird in der Deklaration als undemokratisch und barbarisch abgelehnt, hier durfte es keine Konzessionen geben. Gleichzeitig war dies aber auch eine vorsorgliche Reaktion auf generelle Austreibungspläne, die gerüchtweise in den Kreisen der Treuegemeinschaft bekanntgeworden waren und die von maßgeblichen tschechischen Exilpolitikern nicht entkräftet wurden³⁸. Entscheidend war aber, daß nunmehr der tschechische Partner aufgefordert wurde, die Vertreter der demokratischen Sudetendeutschen einzuladen, „alle Fragen betreffend die Grenzen, den Aufbau und den Inhalt des Staates im Wege freier Vereinbarungen

³⁵ E b e n d a 71. Der Artikel in der „Sudeten-Freiheit“ (Oslo, Nr. 3 vom September 1939) stammte von Jaksch, war aber keine „offizielle Erklärung“ im engeren Sinne.

³⁶ Vgl. Pkt. 5 von Beneš Bericht nach Prag (18. November 1940), J a k s c h - B e n e š, Dokument Nr. 7.

³⁷ J a k s c h - B e n e š, Dokument Nr. 3.

³⁸ B a c h s t e i n : Treuegemeinschaft 77. — Zu einem angeblichen frühen Aussiedlungsangebot Jakschs an Beneš vgl. meine Einleitung zu J a k s c h - B e n e š, S. 28 f.

zu klären“. Dies beinhaltete eine zwar bedingte, weil die Vormünder Lösung des Staatsproblems implizit kritisierende Verhandlungsbereitschaft, nichtsdestoweniger war es eine weitgehende Zustimmung zu einem künftigen Zusammenleben von Tschechen und Deutschen in einem Staatswesen, und zwar unter der klar formulierten Voraussetzung einer sudetendeutschen Autonomie mit Landesparlament und Landesregierung. Dabei war im Sinne Karl Renners an eine zweckmäßige Kombination von Territorialautonomie und Personalautonomie sowie an eine Dezentralisierung der Verwaltung gedacht. Das föderalistische Mitteleuropa-Konzept, das Jaksch in der Studie „Was kommt nach Hitler?“ entwickelt hatte, erscheint im Kontext der Holmhurst Erklärung nicht mehr als Voraussetzung der Lösung des deutsch-tschechischen Problems, sondern nur als erstrebenswertes Ziel auf weitere Sicht. Damit waren die Vorbedingungen für einen Eintritt des sudetendeutschen Exils in den tschechoslowakischen Staatsrat mit hinreichender Deutlichkeit formuliert und es war nun Sache der Tschechen, auf dieses Kooperationsangebot mit konkreten Vorschlägen zu antworten.

Die Verhandlungsposition der „Treuegemeinschaft“ war jedoch keineswegs so klar und einheitlich, wie man dies nach der Deklaration von Holmhurst annehmen sollte, denn Beneš hatte inzwischen alles unternommen, um die vorhandenen Spannungen innerhalb der sudetendeutschen Emigration zur offenen Spaltung werden zu lassen. Ansatzpunkt hierzu war der Gewerkschaftsflügel mit Männern wie Josef Zinner, Josef Lenk, Franz Kögler und Max Koutník, zu dem auch die ehemaligen Abgeordneten Fanny Blatny und Irene Kirpal gehörten³⁹. Hierbei spielten Animositäten eine Rolle, die bei der Ablösung des ehemaligen Parteivorsitzenden Ludwig Czech im März 1938 aufgebrochen waren, denn die Zinner-Gruppe rekrutierte sich weitgehend aus Czech-Anhängern. Es sollte sich für die Verhandlungsposition des sudetendeutschen Exils als verhängnisvoll erweisen, daß die Zinner-Gruppe von Anfang an mit dem tschechischen Exil in engstem Informationskontakt stand, der vor allem über Jaromír Nečas, Hubert Ripka und František Němec lief, so daß Beneš nicht nur glänzend über alle Interna der „Treuegemeinschaft“ informiert war⁴⁰, sondern zu gegebener Zeit die sudetendeutsche Emigration auch aufspalten konnte⁴¹.

Als sich daher Jaksch und die „Treuegemeinschaft“ nach dem Fall Frankreichs und nach der Anerkennung der tschechoslowakischen Auslandsregierung am 27. Mai 1940 Beneš gegenüber zur Mitarbeit bereit erklärten und angesichts der bedrohlichen militärischen Lage überdies erklärten, daß nunmehr vorläufig alle Fragen hinsichtlich der Neuordnung Europas in den Hintergrund zu treten hätten, war im Grunde bereits von vornherein die Chance sehr gering oder über-

³⁹ E b e n d a 77 ff. und R a b l, K.: Deutschenvertreibung 448 ff.

⁴⁰ Benešs intime Kenntnisse gehen auch aus seinem „Dezemberdokument“ vom 2. Dezember 1942 hervor, mit dem die Auseinandersetzung mit Jaksch ihren dramatischen Höhepunkt fand. S. J a k s c h - B e n e š, Dokument Nr. 21, S. 137 ff.

⁴¹ Die Zinner-Gruppe erfreute sich auch finanzieller Unterstützung von tschechischer Seite, womit sie automatisch für eine loyale Vertretung des deutschen Standpunkts ausschied. Vgl. K ř e n, J.: Revanšisté s protinacistickou minulostí [Revanchisten mit antinazistischer Vergangenheit]. ČSČH 9 (1961) 54.

haupt nicht mehr vorhanden, von tschechischer Seite noch konkrete Garantien für das künftige politische Schicksal der Sudetendeutschen zu erlangen. Hier erhebt sich wiederum die entscheidende Frage, ob Jaksch dieses Ziel vielleicht erreicht hätte, wenn er von Anfang an konsequent und bedingungslos auf die Seite Beneš getreten wäre⁴²? Dies wird man schlichtweg verneinen müssen, und zwar aus folgenden Gründen:

Beneš konsequente Weigerung von Anfang an, den Sudetendeutschen konkrete Zusicherungen für ihre politische Existenz in einer erneuerten ČSR zu geben, spricht hier eine unmißverständliche Sprache. Er spielte ganz bewußt auf Zeit, und zwar in der zutreffenden Annahme, daß — je länger der Krieg dauerte und je schrecklichere Formen er annahm — die tschechische Seite immer mehr in die Lage versetzt werden würde, eine radikale „Lösung“ des Deutschenproblems praktizieren zu können. Mit anderen Worten: Da Beneš zu keiner Festlegung in der Sudetenfrage bereit war — wobei ihm die antideutsche Haltung der „Heimatfront“ ein hochwillkommenes Argument sein mußte, jeglicher Fixierung in dieser Frage auszuweichen —, wäre Jaksch und den Seinen am Ende wohl nichts anderes übriggeblieben, als im Jahre 1945 auch ihre Namen unter das Ausweisungsdekret setzen zu müssen. Für die demokratische Regeneration der Sudetendeutschen nach 1945 in ihrer neuen Heimat wäre dies zweifellos eine schwere Hypothek gewesen, nämlich eine kaum wiedergutzumachende Diskreditierung des demokratischen Sozialismus schlechthin. Auch ein Austritt aus dem Staatsrat im Mai 1945 hätte diese verheerenden Folgen kaum mehr verhindern können. Die sudetendeutsche Sozialdemokratie hätte dann insgesamt das Schicksal der spalterischen Zinner-Gruppe erlitten, deren Dienste für Beneš einerseits nicht im geringsten honoriert wurden und die sich andererseits so hoffnungslos vom weiteren Schicksal der 3 1/2 Millionen Sudetendeutschen isoliert hatte, daß sie für den Aufbau der Bundesrepublik nach 1945 nicht mehr in Betracht kam⁴³.

Gegenüber der Holmhurster Erklärung vom 10. März 1940, die ungeachtet ihres Kompromißcharakters hinsichtlich der Gruppierungen in der sudetendeutschen Emigration dennoch eine klar formulierte Verhandlungsposition aufbaute, deutet der erwähnte Brief Jakschs an Beneš vom 27. Mai 1940 noch eine andere Aktionsrichtung an. Er trug durch seinen entgegenkommenden Ton und durch die ausdrücklich erklärte Bereitschaft des deutschen Exils, „alle Fragen betreffend die künftige Neuordnung Europas vorläufig in den Hintergrund treten“ zu lassen, dazu bei, dem Exilpräsidenten den Eintritt in die angebotenen Verhandlungen psychologisch zu erleichtern. Dies war um so wichtiger, als der Zusammen-

⁴² Vgl. dazu Bachstein: Treuegemeinschaft 80 u. 100, der mit Recht skeptische Zurückhaltung übt. Vgl. auch ebenda 82: „Ohne hier bereits von Vertreibungsplänen reden zu wollen, entsteht immer mehr der Eindruck, daß Beneš zumindest danach trachtete, den Führungsanspruch der sudetendeutschen Sozialdemokraten auszuhöhlen, um sie mit zunehmender Kriegsdauer als einzige legitimierte Repräsentanten der deutschen Bevölkerung des Staates auszuschalten.“

⁴³ Aus Raumangel kann hier nicht näher auf die Arbeit der oppositionellen Zinner-Gruppe eingegangen werden. Näheres darüber bei Rabl und Bachstein: Jaksch 224 ff.

bruch Frankreichs auch die Fronten der psychologischen Kriegführung schlagartig verhärtet hatte, was indirekt auf eine Schwächung der sudetendeutschen Position in England hinauslaufen mußte. So war es nur folgerichtig, daß Jaksch im selben Brief Beneš den Vorschlag unterbreitete, „ob nicht der Zeitpunkt für einen feierlichen Appell der Repräsentanten aller unterdrückten Völker an die freien Nationen der Welt gekommen wäre“ und ob nicht Beneš selbst hierzu die Initiative ergreifen wolle? Jaksch versprach sich davon auch eine positive Auswirkung auf die oppositionellen Kräfte in Deutschland, Österreich und im Sudetengebiet⁴⁴. Dieser Vorschlag war gleichzeitig ein Stück Werbung um den Präsidenten und der wohlgemeinte Versuch, ihn auf ältere und im Ersten Weltkrieg erprobte Formen politischer Tätigkeit zu verweisen⁴⁵, der Beneš sicher schmeicheln mußte. Wahrscheinlich spielte bei Jaksch dabei auch die Hoffnung mit, daß ein solcher Appell, zusammen mit den Repräsentanten des norwegischen, polnischen, holländischen, belgischen und luxemburgischen Volkes, Beneš auch daran hindern konnte, sich in der sudetendeutschen Frage auf einen radikalen Alleingang festzulegen. Wie dem auch sein mag, Jaksch lag jedenfalls alles daran, die bevorstehenden Verhandlungen mit dem tschechischen Exil in einem möglichst günstigen psychologischen Ambiente beginnen zu lassen, welches auch die prekäre englische Situation mit ins Kalkül einbezog. Beneš wurde hier ganz bewußt eine führende Rolle in der weltweiten Auseinandersetzung zuerkannt, die seinem tatsächlichen Gewicht in der damaligen Situation kaum entsprochen haben dürfte. Vor Beginn der Verhandlungen mit der tschechischen Seite waren jedenfalls damit vom sudetendeutschen Exil die Wege auf alle nur erdenkliche Weise geebnet worden.

Im Kontext der besonderen Londoner Situation und der allgemeinen Entwicklung des Krieges sind auch die weiteren Beziehungen zwischen tschechischem und sudetendeutschem Exil zu betrachten. Man wird nicht sagen können, daß Jaksch an die Verhandlungen mit Beneš als Illusionist heranging, vielmehr durchzieht seine vertraulichen Äußerungen seit dieser Zeit ein unverkennbarer Pessimismus, besser gesagt, ein fatalistischer Realismus, der in merkwürdigem, wenn auch politisch verständlichem Gegensatz zu dem aktivistischen Grundtenor der Kundmachungen des Vorsitzenden Jaksch steht⁴⁶.

Auf das Angebot zur Mitarbeit, das nach dem Fall Frankreichs im Mai 1940 an die tschechische Seite erging, kamen schließlich Verhandlungen in Gang, die

⁴⁴ J a k s c h - B e n e š, Dokument Nr. 4, S. 91.

⁴⁵ Vgl. hierzu z. B. B e n e š s maßgebliche Rolle auf dem römischen Kongreß der unterdrückten Nationalitäten der Donaumonarchie im April 1918. P e r m a n 31 f.

⁴⁶ Vgl. z. B. den Brief an Siegfried Taub vom 9. Februar 1941: „Ich weiß, daß uns eine provisorische Verständigung von einem größeren Teil unserer Emigrationsschwierigkeiten befreien würde. Andererseits können wir unsere ganze politische Zukunft nicht für augenblickliche Vorteile opfern. So halte ich gut und schlecht unsere Position, lasse die Verbindungen nicht abreißen, halte die Tür zu weiteren Verhandlungen offen — mehr kann ich mit unseren bescheidenen Kräften nicht tun . . . Zusammenfassend möchte ich nochmals betonen, daß die Entscheidung bei den Tschechen liegt. Entscheiden sie sich für eine einseitige Vergeltungspolitik, dann ist unsere Mühe vergebens . . .“ Zitiert nach B a c h s t e i n : Treuegemeinschaft 84.

aber von Anfang an mit schwierigen Einzelproblemen belastet waren. Am 5. August versicherte Jaksch in einem Schreiben an Beneš, daß die von ihm geführte Partei bemüht sein werde, „im Wege eines freimütigen Meinungs-austausches eine möglichst stabile Plattform für eine konstruktive Zusammenarbeit mit allen Instanzen der tschechoslowakischen Auslandsrevolution vorzubereiten“⁴⁷. Im selben Schreiben mußte sich aber Jaksch darüber beschweren, daß sudetendeutsche sozialdemokratische Flüchtlinge aus Belgien auf Intervention tschechischer Stellen bei ihrer Ankunft in England interniert und unter Druck gesetzt worden seien, in die tschechoslowakische Auslandsarmee einzutreten. In der Frage des Eintritts von Deutschen in tschechische Einheiten hatte die Parteileitung Abwarten empfohlen, „bis die damit zusammenhängenden Probleme politischer und prinzipieller Natur im Verhandlungswege geklärt“ seien, das heißt, Jaksch wollte dies von den Konzessionen abhängig machen, die Beneš zu geben bereit war. Diese Grundsatzentscheidung sollte in der kommenden Zeit immer wieder zu Schwierigkeiten im militärischen Bereich führen, letztere waren nichts anderes als die Folge der ungeklärten Beziehungen beider Exile, und schon im Vorfeld der wichtigen Verhandlungen im Herbst 1940 kam es zu neuerlichen Klagen in dieser Frage⁴⁸.

Auch aus anderen Gründen standen die Verhandlungen mit Beneš über einen eventuellen Eintritt von Sudetendeutschen in den tschechoslowakischen Staatsrat unter einem ungünstigen Vorzeichen. Die Zinner-Gruppe, von Beneš über Jaromír Nečas ferngesteuert und mit Instruktionen versehen, führte — nach dem zweiten Angebot Benešs vom 12. Oktober 1940, sechs Sitze und das Amt eines Vizepräsidenten im Staatsrat für die sudetendeutschen Sozialdemokraten freizuhalten — die längst geplante Spaltung der „Treuegemeinschaft“ mit der Gründung der „Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei in der Tschechoslowakischen Republik (Auslandsgruppe)“ am 18. Oktober durch, so daß die von Jaksch für den 20. Oktober anberaumte Sitzung des Parteivorstandes in London, der das tschechische Angebot beraten sollte, von vornherein den bisher aufrechterhaltenen Anspruch verlor, alleiniger Repräsentant des sudetendeutschen sozialdemokratischen Exils zu sein⁴⁹. Dies bedeutete eine entscheidende Schwächung der „Treuegemeinschaft“ und damit der Verhandlungsposition gegenüber Beneš. In dieser krisenhaften Situation formulierte der Parteivorstand unter Jaksch die Antwort an Beneš in äußerst vorsichtiger und entgegenkommender Weise und unter Vermeidung aller konkreten Forderungen, die es dem Exilpräsidenten leicht gemacht hätten, seinerseits die Verhandlungen abzubrechen. Man sprach nicht nur grundsätzlich volles Vertrauen zu der „demokratischen, sozial fortschrittlichen und europäisch-konstruktiven Orientierung des Präsidenten Dr. Beneš“ aus, sondern erklärte es als „die Aufgabe der sudetendeutschen Sozialdemokratie, ein möglichst enges Bündnis mit den sozialistischen und demokratischen Kräften des tschechischen Volkes sowohl im Kampfe gegen die Nazityrannei als auch für den Neuaufbau nach dem Sturze des Hitlerregimes vorzubereiten“⁵⁰. Wenn hier ein sude-

⁴⁷ Jaksch-Beneš, Dokument Nr. 5, S. 92 f.

⁴⁸ Jaksch-Beneš, Dokument Nr. 6.

⁴⁹ Bachstein: Treuegemeinschaft 82.

⁵⁰ Ebenda 82. Es bedeutete ein Minimum von unabdingbaren Voraussetzungen, wenn

tendeutsches sozialdemokratisches Minimalprogramm nur vorsichtig umrissen wurde, dann zweifellos aufgrund der Tatsache, daß mit der Abspaltung der Zinner-Gruppe Beneš bereits in der Lage war, die Früchte einer neuen Situation einzuheimsen. Von jetzt ab ließ er sich erst recht nicht auf konkrete Zugeständnisse ein, und auch an einem Eintritt von Mitgliedern der „Treuegemeinschaft“ in den Staatsrat war ihm offenbar nichts mehr gelegen. Wäre dem anders, so hätte er die offensichtliche Schwäche von Jakschs Position jetzt dazu benutzt, die Sudetendeutschen denkbar „billig“ in den Staatsrat „einzukaufen“. Im Gegenteil, er konfrontierte jetzt Jaksch bei den Verhandlungen am 12. und am 16. Oktober in bemerkenswert zynischer Weise mit dem Plan, etwa eine Million Deutsche anzusiedeln, das heißt, er stellte seinerseits die ungeheuerliche Forderung, die „Treuegemeinschaft“ sollte sich zum Komplizen der Transferpläne hergeben. Dafür sollten die restlichen Deutschen, nachdem man „alle jungen und unverbesserlichen Nazisten“ losgeworden sei, eine regionale Selbstverwaltung (Kantone) erhalten⁵¹.

Im Laufe weiterer Verhandlungen mit Jaksch scheint das Interesse Benešs an einem Übereinkommen immer schwächer geworden zu sein; er hatte die Deutschen nicht mehr nötig, und für alle Fälle stand ja noch die Zinner-Gruppe als Alibi für seine „Verhandlungsbereitschaft“ zur Verfügung⁵². So verwundert es nicht, daß die Verhandlungen zu keinem greifbaren Ergebnis führten. Am 3. Januar 1941 unterbreitete Jaksch noch einmal in 4 Punkten die sudetendeutschen Minimalforderungen, die sich nur wenig von dem Angebot des Parteivorstandes vom 20. Oktober 1940 unterschieden. Mit Rücksicht auf die zunehmende Verschärfung der Lage im Protektorat schien es Jaksch wünschenswert, durch gegenseitige Erklärungen im Staatsrat sicherzustellen, daß nach Kriegsende zu Hause kein Bürgerkrieg ausbreche, der „alle Hoffnungen auf ein friedliches Zusammenleben von Tschechen und Sudetendeutschen zerstören würde“. Des weiteren ging es um Zu-

der Parteivorstand gleichzeitig die Notwendigkeit betonte, „daß vor dem Eintritt sudetendeutscher Sozialdemokraten in den Staatsrat alle Probleme, die sich aus unserem selbstverständlichen Streben nach voller und gleichberechtigter Partnerschaft ergeben, im Wege freundschaftlicher Verhandlungen mit dem Präsidenten und der Regierung geklärt werden sollten“. J a k s c h : Beneš war gewarnt 80.

⁵¹ Ob Beneš wirklich, wie er später behauptete, Jaksch sogar zugesagt hat, diese Deutschen könnten dann wählen zwischen dem Beitritt zu einer mitteleuropäischen Föderation oder dem Anschluß an Deutschland, ist nicht verifizierbar, erscheint aber mehr als fraglich. Vgl. Dokumenty z historie československé politiky 1938—1943 [Dokumente zur Geschichte der tschechoslowakischen Politik 1939—1943]. Hrsg. v. L. O t á h a l o v á und M. Č e r v i n k o v á. Acta Occupationis Bohemiae et Moraviae. Bd. 1. Prag 1966, Nr. 105, S. 134 f.

⁵² Nach den Aufzeichnungen J. S m u t n ý s vom 22. Dezember 1940, die sich auf ein Gespräch zwischen Jaksch und Beneš am Vortage beziehen, hatte der Exilpräsident bereits erkennen lassen, daß von Verhandlungen mit den Sudetendeutschen keine Rede sein könne. Er stellte dann befriedigt fest: „Ich weiß, daß Verhandlungen mit Jaksch ... noch beschwerlich sein werden. Aber es ist ja nicht nötig zu eilen. Jetzt kommt es schon nicht mehr darauf an, wann sie kommen. Je länger der Krieg dauert, desto weniger werden sich die Menschen um die Deutschen aus dem Sudetenland kümmern ... Dokumenty, Bd. 1, Nr. 125, S. 173 f. — Dazu B a c h s t e i n : Treuegemeinschaft 83.

sammenarbeit auf demokratischer Basis, das heißt, um die „Gewährung prinzipieller Gleichberechtigung von Anfang an“⁵³. Wenn sich am Schluß das deutsche Exil dagegen verwahrte, zum „bloßen Werkzeug tschechischer Interessen gestempelt zu werden“, dann läßt sich schon daran erkennen, wie wenig Aussicht auf eine grundsätzliche Einigung bereits zu diesem Zeitpunkt bestand. Nach Gründung des tschechoslowakischen Staatsrates stellte sich Beneš noch stärker als zuvor auf eine hinhaltende Taktik ein, er kalkulierte mit Recht, daß die Zeit für ihn arbeite. Dementsprechend ist auch ein Brief an Wenzel Jaksch vom 9. Juni 1941, der eine gemächliche Antwort auf eine Reihe von Vorstößen der Gegenseite darstellte, ganz auf dilatierende Unverbindlichkeit abgestimmt. Das Schreiben enthält sachlich so gut wie nichts und ist gerade deshalb für Benešs Verfahrensweise sehr aufschlußreich⁵⁴. Es konnte die ohnehin verfahrenere Situation nur zusätzlich belasten, daß während der Verhandlungen wiederum die heikle Frage des Militärdienstes von Sudetendeutschen in der tschechoslowakischen Auslandsarmee aufgrund einiger Vorfälle akut wurde und daß die Zinner-Gruppe unter den deutschen Sozialdemokraten der Truppe gegen Jaksch Stimmung machte. Jaksch reagierte am 19. Dezember in einem Brief an Divisionsgeneral *Sergěj Ingr* scharf auf diese Vorkommnisse⁵⁵. Dabei rekurrierte er auch auf die schlechte Behandlung sudetendeutscher Demokraten durch tschechische Behörden nach München. Wesentlicher als die Einzelvorfälle selbst ist der gereizte Ton des Schreibens und die traumatische Rolle, welche die Erlebnisse nach dem Oktober 1938 für Jaksch immer noch spielten, vor allem die bittere Enttäuschung über das damalige Verhalten der Tschechen. Hier gab es psychologische Barrieren, die auch dann die Verhandlungen beeinflusst hätten, wenn Beneš damals ernstlich an einem Übereinkommen interessiert gewesen wäre.

Ohne den weiteren Gang der Entwicklung in Einzelheiten nachzeichnen zu wollen⁵⁶, scheinen die Beziehungen zwischen Beneš und Jaksch doch so verlaufen zu sein, daß der letztere zwar weiter verhandelte — ein neuerliches Angebot zum Eintritt in den tschechoslowakischen Staatsrat erfolgte Ende Juli 1941 —, aber nun seinerseits die Dinge dilatierend behandelte. Offenbar hatte Beneš inzwischen die Bedingungen weiter hochgeschraubt, wodurch ein Eintritt in den Staatsrat einer völligen Kapitulation gleichgekommen wäre⁵⁷. Dafür nahmen Jakschs Bemühungen eine etwas andere Richtung, vor allem im Hinblick auf die zunehmende unheilvolle Konfrontation zwischen Tschechen und Deutschen im

⁵³ J a k s c h - B e n e š , Dokument Nr. 9, S. 102 f.

⁵⁴ J a k s c h - B e n e š , Dokument Nr. 10, S. 104 f.

⁵⁵ E b e n d a , Dokument Nr. 8, S. 98 ff.

⁵⁶ Darüber Näheres bei B a c h s t e i n 84 ff.

⁵⁷ Wieweit Jaksch in der Transfer-Frage Konzessionen zu machen bereit war, etwa hinsichtlich einer Umsiedlung des Inseldeutschtums, ist nicht exakt zu ermitteln. B a c h s t e i n : Treuegemeinschaft 87 f. geht in diesem Punkte m. E. zu weit, wenn er annimmt, Jaksch habe sich durch Entgegenkommen in diesem Punkte so kompromittiert, daß er hierüber bis September 1941 einer klaren Stellungnahme aus dem Wege gegangen sei. Wenn auch in diesem Punkte kaum endgültige Klarheit zu gewinnen sein wird, möchte ich doch eher annehmen, daß sich Jaksch wegen der bis September laufenden Verhandlungen offiziell zurückhielt.

Protektorat, die wiederum eine Folge des verschärften Naziterrors war⁵⁸. Es ging ihm jetzt besonders darum, sicherzustellen, daß nach Kriegsende die Abrechnung mit dem Faschismus nicht von tschechischen Organen durchgeführt, sondern wenigstens in die Hände der deutschen Sozialdemokraten gelegt werden sollte⁵⁹. Wie die spätere Motivierung der Austreibung der Sudetendeutschen durch Beneš beweist, hatte Jaksch allen Grund zu der Befürchtung, daß man tschechischerseits eine Entnazifizierung des Sudetengebietes zum willkommenen Anlaß nehmen könnte, um in der Nationalitätenfrage Tabula rasa machen zu können⁶⁰. Eine Stellungnahme von tschechischer Seite scheint jedoch nicht erfolgt zu sein, die Taktik des „alles-in-der-Schwebe-Lassens“ war offenbar inzwischen zur Perfektion gediehen. Dies gilt auch für den nächsten Brief Jakschs an Beneš vom 23. September 1941, in dem nun auch deutscherseits von einem Eintritt in den tschechoslowakischen Staatsrat Abstand genommen wurde, in beiderseitigem Einvernehmen, wie es scheint, und mit der Absicht, erst eine Normalisierung des Verhältnisses zur tschechoslowakischen Regierung anzustreben. Vorausgegangen war ein Gespräch Benešs mit Jaksch, das offensichtlich unter vielen Augen stattgefunden hatte und Gegenstände berührt haben muß, die Jaksch zum damaligen Zeitpunkt den eigenen Genossen gegenüber verschwie; zumindest gab er Beneš eine diesbezügliche Versicherung ab⁶¹. Dies war nicht ungefährlich, da er sich damit bis zu einem gewissen Grade in die Hände des Exilpräsidenten begab. Andererseits konnte er jetzt so handeln, da sich inzwischen gezeigt hatte, daß die Zinner-Gruppe zwar eine Spaltung des deutschen Exils herbeiführen und damit die Verhandlungsposition Jakschs verhängnisvoll schwächen, aber dennoch keine ins Gewicht fallende Anhängerschaft innerhalb der „Treuegemeinschaft“ gewinnen konnte. Jaksch hatte sich wieder durchgesetzt, die oppositionelle Gruppe blieb isoliert und wurde auch von der tschechischen Seite kaum mehr beachtet.

Die 1. Landeskonferenz der sudetendeutschen Sozialdemokratie, die am 28. September 1941 in London stattfand und zu der auch Ernst Paul als Vertreter des schwedischen Exils erschienen war, demonstrierte die neue Geschlossenheit der „Treuegemeinschaft“ ebenso wie ihren Willen, mit Beneš zusammenzuarbeiten⁶². Dem Exilpräsidenten war man jetzt, nach Ausbruch des Krieges mit der Sowjetunion, insofern entgegengekommen, als man die früheren „großdeutschen“ Pläne zur Lösung des Sudetenproblems stillschweigend ad acta gelegt hatte und dafür unter Hinweis auf Punkt 2 der Atlantik-Charta „für eine Vertragslösung zwischen den Sudetendeutschen und ihren slawischen Nachbarn im Sinne einer Erneuerung des gemeinsamen Staates“ eintrat⁶³. Des weiteren geht aus dieser

⁵⁸ Vgl. Brandes, D.: Die Tschechen unter deutschem Protektorat. Bd. 1. München-Wien 1969, S. 171 ff.

⁵⁹ Jaksch-Beneš, Dokument Nr. 11, S. 106 ff.

⁶⁰ Vgl. Prinz, F.: Ideologische Aspekte der Vertreibung. BohJb 8 (1967) 281—291.

⁶¹ Jaksch-Beneš, Dokument Nr. 12, S. 110 f.

⁶² Ebenda, Dokument Nr. 13, S. 112 ff.

⁶³ Vgl. dazu Bachstein: Treuegemeinschaft 90 f. Die Beschlüsse dieser Landeskonferenz sandte Jaksch am 29. September mit einem Begleitschreiben an Beneš (Nachlaß W. Jaksch).

Deklaration klar hervor, wie sehr der zunehmende NS-Terror im Protektorat den politischen Spielraum des sudetendeutschen Exils einengte, eine Tatsache, in der man letztlich die entscheidende Ursache für das Scheitern der Bemühungen Jakschs um eine „Vertragslösung“ sehen muß. Beneš Dank- und Antwortbrief vom 6. Oktober 1941 enthielt wiederum keinerlei Willensbekundung, zu konkreten Regelungen zu gelangen, dafür aber einen Hinweis auf die Leiden des tschechischen Volkes unter Reinhard Heydrich⁶⁴. Man war sich auf seiten des sudetendeutschen Exils inzwischen wohl völlig klar, in welche Richtung solche Feststellungen des Präsidenten tendierten, denn inzwischen vertrat Beneš den Transfergedanken schon in aller Öffentlichkeit⁶⁵.

Nummehr folgte Schlag auf Schlag. Am 7. Januar 1942 konferierte Beneš mit Jaksch und anderen Vertretern der „Treuegemeinschaft“ und legte ihnen dar, daß diejenigen Deutschen ausgewiesen werden müßten, die zum Nazismus übergegangen waren. Nachdem 1938 mehr als 80% der Sudetendeutschen die SdP (K. Henlein) gewählt hatten, war klar, daß Benešs Vorschlag auf die Aussiedlung der Mehrheit der Sudetendeutschen abzielte. Jaksch lehnte ab, aber auch in den folgenden Verhandlungen, die sich bis zum 1. Dezember 1942 hinzogen, war über diesen entscheidenden Punkt keine Einigung möglich — das sudetendeutsche sozialdemokratische Exil hätte sich selbst moralisch liquidiert, wenn es diesem aus der faschistischen „Lebensraum“-Ideologie konzipierten Ansinnen stattgegeben hätte. Die Dinge nahmen jetzt ohnehin ihren Lauf.

Am 9. Juni wurde als Vergeltungsmaßnahme für den Tod Reinhard Heydrichs Lidice dem Erdboden gleichgemacht, alle Männer des Ortes erschossen und alle Frauen ins Konzentrationslager überführt⁶⁶. Die weltweite Empörung über dieses Verbrechen kam Beneš unmittelbar bei seinen Verhandlungen zugute, die er am 4. und 25. Juni sowie am 7. Juli 1942 mit dem britischen Außenminister Anthony Eden über die englische Zustimmung zum Transfer der Sudetendeutschen führte⁶⁷. Er erhielt einen positiven Bescheid, womit im Grunde die Würfel gefallen waren. Als Anfang Juni 1942 der erweiterte Vorstand der „Treuegemeinschaft“ tagte, um die veränderte Lage zu besprechen, blieb im Grunde nichts anderes übrig, als die bis dahin noch mühsam aufrechterhaltene Version von der Zusammenarbeit zwischen Tschechen und Deutschen im Exil aufzugeben und energisch gegen die offiziell verkündeten Aussiedlungspläne zu protestieren⁶⁸. Die nazistische Terror-

⁶⁴ J a k s c h - B e n e š , Dokument Nr. 14, S. 116. Am 17. November 1941 bat Jaksch in einem neuerlichen Schreiben an Beneš, er möge einer sudetendeutschen Parteidelegation erlauben, ihm die Beschlüsse der letzten Parteikonferenz zu interpretieren, wobei dem Präsidenten der „Zeitpunkt einer solchen formellen Vorsprache“ anheimgestellt wurde. Jaksch fügte hinzu: „Persönlich hätte ich allerdings das Bedürfnis, vor oder nach dem Zusammentritt des Staatsrates zu einer Aussprache über schwebende Angelegenheiten empfangen zu werden“ (Nachlaß W. J a k s c h , Wiesbaden). Ob diesem Wunsche entsprochen wurde, ist den vorhandenen Schriftstücken nicht zu entnehmen.

⁶⁵ L u ž a , R.: The Transfer of the Sudeten Germans. New York 1964, S. 230 ff.

⁶⁶ B r a n d e s : Die Tschechen unter deutschem Protektorat I, 262 ff.

⁶⁷ L u ž a : Transfer 235 f. — J a k s c h : Europas Weg 1372, 2380.

⁶⁸ B a c h s t e i n : Treuegemeinschaft 91 f.

politik hatte faktisch dem deutschen demokratischen Exil jede politische Wirkungsmöglichkeit entzogen; was nun folgte, war mehr oder weniger Nachspiel, das heißt zunehmende Konkretisierung der Vertreibungspläne auf tschechischer Seite und Rückzug auf Grundsatzserklärungen auf sudetendeutscher Seite. Beneš Brief an Jaksch vom 15. Juli 1942 deutete freilich vorerst nur die psychologischen Folgen an, die Lidice für das deutsch-tschechische Verhältnis haben mußte⁶⁹.

Es würde im Rahmen dieser Darlegungen zu weit führen, nun noch die einzelnen Phasen des Zersetzungsprozesses nachzuzeichnen, der für die Beziehungen zwischen dem tschechischen und dem sudetendeutschen Exil seit 1942 charakteristisch war⁷⁰. Nur zwei Fakten seien erwähnt. Beneš hatte erreicht, daß Jaksch nicht mehr im BBC zu den Sudetendeutschen sprechen durfte, wie er dies seit Juni 1941 regelmäßig getan hatte. In England selbst breitete sich eine generell und grundsätzlich antideutsche Stimmung aus, wodurch das sudetendeutsche sozialdemokratische Exil seinen Rückhalt an der Labour-Party verlor. Damit reduzierten sich die Hoffnungen auf Rettung der Sudetendeutschen auf die konkreten Umstände des Kriegsendes, das heißt auf die Chance, die Sudetendeutschen selbst in dieser entscheidenden Situation zu Trägern einer revolutionären Bewegung zu machen, deren politische Legitimation aus dem antifaschistischen Kampf gegen die Reste der Hitlerherrschaft kommen sollte. Da für erfolgreiche Verhandlungen mit dem tschechischen Lager nunmehr keine Aussichten bestanden, nahmen seither alle Erklärungen der „Treuegemeinschaft“ einen grundsätzlichen Charakter an: Sie waren mehr für die Veröffentlichung bestimmt als für konkrete politische Schritte⁷¹.

Aus diesem Grunde seien an den Schluß dieser Darlegungen drei Dokumente gestellt, die grundsätzlicher Natur sind. Zwei davon geben gleichsam antagonistisch und im negativen Rückblick ein Resümee der tschechisch-deutschen Beziehungen im Exil und setzen, zumindest was Beneš anbelangt, gleichzeitig einen — wie sich zeigen sollte — unwiderruflichen Schlußpunkt. Die Unwiderruflichkeit erhellt bereits aus der Tatsache, daß der Exilpräsident in seiner „Generalabrechnung“ mit Jaksch ungeniert mit Material aus dem internen Bereich der „Treuegemeinschaft“ argumentierte und damit indirekt die Bespitzelung des sudetendeutschen Exils zugab.

Ausgangspunkt des „Dezemberdokumentes“ war ein Beschluß der Treuegemeinschaft vom 7. Juni 1942, den Jaksch am 23. Juni mit einem Begleitbrief an Beneš übersandte. Dieser Beschluß brachte die Enttäuschung des sudetendeutschen sozialdemokratischen Exils darüber zum Ausdruck, daß die Verhandlungen mit Beneš über den Eintritt in den Staatsrat ergebnislos verlaufen seien, aber andererseits inzwischen die Kommunisten in dieses Gremium berufen wurden. Des weiteren warnte der Beschluß vor „einseitigen Machtlösungen der tschechisch-deutschen Frage nach diesem Kriege und schlug gleichzeitig eine Vertragslösung“ im Geiste

⁶⁹ Jaksch-Beneš, Dokument Nr. 20. — Bachstein: Jaksch 249 ff.

⁷⁰ Vgl. dazu die mehrfach genannten Arbeiten von E. Beneš, W. Jaksch, J. W. Brügel, K. Rabl, R. Luža und M. Bachstein.

⁷¹ Bachstein: Treuegemeinschaft 96 ff.

der Atlantik-Charta vor⁷². Jakschs Begleitbrief war in ähnlichem Sinne abgefaßt und sprach die verheerende Wirkung an, welche die Propaganda für einen Massentransfer der Sudetenbevölkerung in den Reihen des sozialdemokratischen Exils gezeitigt hatte⁷³. Diese Äußerungen von deutscher Seite nahm nun der Exilpräsident zum Anlaß für seine grundsätzliche Abrechnung.

Der Ton in Beneš Darlegungen ist schneidend, von unverhüllten Triumphgefühlen erfüllt und ebenso von der Genugtuung, nicht mehr auf das sudeten-deutsche Exil politische Rücksicht nehmen zu müssen⁷⁴. Er lehnte es ab, für die Verhältnisse der Vormünder Zeit irgendeine tschechische Schuld anzuerkennen, und der Hinweis auf den gigantischen Höhepunkt, den der Krieg inzwischen erreicht hatte, machte es ihm psychologisch leicht, eine Erörterung darüber abzulehnen. Der tschechisch-sudetendeutsche Konflikt war damit zu einem kleinen Bestandteil des weltweiten Ringens zwischen Demokratie und Faschismus uminterpretiert und die deutschen Argumente damit von vornherein abqualifiziert.

Wesentlich schwächer war Beneš Position bei den konkreten Vorwürfen, die gegen seine Politik von deutscher Seite erhoben wurden. In der Transferfrage wich er doppelt aus: nämlich durch den Verweis auf ein Statement der Exilregierung, das als Antwort auf eine Entschließung der „Treuegemeinschaft“ vom 22. Juni 1942 formuliert worden war⁷⁵. Aber auch darin hatte sich Beneš ausweichend geäußert und das Problem mit Rücksicht auf die Haltung der Großmächte in dieser Frage bei Kriegsschluß offengehalten.

Noch unglaublicher war Beneš Stellungnahme zu dem Vorwurf, er messe die Schuld der Deutschen und der Slowaken am Zerfall der Ersten Republik mit zweierlei Maß, wenn er nur die Sudetendeutschen mit Austreibungsplänen bedrohe. Was Beneš dem entgegenzusetzen hatte, war dürftig, es lief auf die unbewiesene Behauptung hinaus, daß 80 % der Slowaken ihre positive Einstellung gegenüber dem „tschechoslowakischen Einheitsstaat“ bis zur Gegenwart nicht geändert hätten⁷⁶. Damit — so war zu folgern — verdienten die Slowaken eine bessere Behandlung als die Sudetendeutschen.

Der Hauptvorwurf Beneš richtete sich aber gegen das Zögern des sudeten-deutschen sozialdemokratischen Exils, die Kontinuitätstheorie vorbehaltlos anzuerkennen und ohne nationalitätenrechtliche Zusicherungen bedingungslos im tschechoslowakischen Staatsrat mitzuarbeiten. Er zählte einen Katalog der Versäumnisse auf deutscher Seite auf, erwähnte in diesem Zusammenhang wiederum die Streitfrage des Eintritts von Sudetendeutschen in die tschechoslowakische Auslandsarmee und bezeichnete es insgesamt als Kardinalfehler Jakschs, zwischen 1939 und 1941 überhaupt politische Bedingungen für die Zusammenarbeit gestellt zu

⁷² J a k s c h - B e n e š , Dokument Nr. 18, S. 125 f.

⁷³ E b e n d a , Dokument Nr. 19, S. 127.

⁷⁴ E b e n d a , Dokument Nr. 21, S. 129 ff. — Es liegt auf der Hand, daß hierbei die Tatsache eine entscheidende Rolle spielte, daß Großbritannien seit dem 18. Juli 1941 das tschechische Exil voll als Auslandsregierung anerkannt hatte und inzwischen auch die Vormünder Grenzen der CSR wieder gesichert waren.

⁷⁵ E b e n d a , Dokument Nr. 23, S. 151 ff.

⁷⁶ E b e n d a , Dokument Nr. 21, S. 131.

haben. Es ist nun mehr als aufschlußreich, daß Beneš in diesem Zusammenhang Jaksch bescheinigen muß, er habe ab Herbst 1941 seinen früheren Standpunkt revidiert und sei zur Zusammenarbeit mit den Tschechen bereit gewesen, auch ohne Einigung in der Hauptfrage, nämlich der künftigen Stellung der Deutschen in der ČSR⁷⁷. Nichts hätte Beneš jedoch zu diesem Zeitpunkt daran gehindert, dieses Angebot anzunehmen, denn schließlich hatte ihm die weltpolitische Wende des Jahres 1941 — der Eintritt der Sowjetunion in den Krieg — hier einen großen Erfolg auch in der „Innenpolitik“ zugespielt, wenn die „Treuegemeinschaft“ damals, um überhaupt noch etwas zu erreichen, auf essentielle Anliegen vorläufig verzichten mußte. Auf diese Weise decouvrierte sich Beneš selbst, denn der Abbruch der Verhandlungen mit den Sudetendeutschen und vor allem der Zeitpunkt dieses Abbruchs bewies nun nachträglich mit aller Deutlichkeit, daß ihm die deutsche Mitarbeit nur insofern etwas wert gewesen war, solange sie zum Mittel im Kampf um die internationale Wiederanerkennung der Vormünchener Republik taugte. Das deutsche Problem „an sich“ existierte für ihn jedoch schon lange nicht mehr. Nachdem er durch die Gunst der Kriegslage auch ohne das „Alibi“ einer deutschen Beteiligung am Staatsrat diese Anerkennung allseitig erreicht hatte, waren Verhandlungen mit den sudetendeutschen Sozialdemokraten nicht nur unnötig, sondern im Hinblick auf die ideale „Endlösung“, den Abschub aller Deutschen, sogar schädlich⁷⁸.

Was Beneš sonst noch vorbrachte, lief auf eine generelle Abrechnung mit den deutschen Sozialdemokraten hinaus, und in diesem Zusammenhang verwendete er auch seine erwähnten Kenntnisse über Interna der „Treuegemeinschaft“⁷⁹. Ein lange und mühsam zurückgestauter Ingrimm über die Schwierigkeiten, die ihm Jaksch bei der Durchsetzung seiner nationalistischen Konzeption der künftigen ČSR offensichtlich doch bereitet hatte, machte sich hier Luft und enthüllte die wahre politische Physiognomie Benešs: nämlich die des harten, gewiegten, nationalistischen Pragmatikers ohne irgendwelche Skrupel moralischer Art.

Grundsätzlicher Natur war Jakschs Antwort vom 3. April 1943, wenn seine Formulierungen im allgemeinen auch wesentlich zurückhaltender ausfielen als die seines Kontrahenten⁸⁰. Er lehnte es ab, daß Beneš Theorie von der Kontinuität der ČSR seit dem Münchner Abkommen — die der Exilpräsident übrigens selbst nicht von Anfang an verfochten hatte⁸¹ — von diesem zu einer Art „Sondermaßstab“ für die Be- und Verurteilung der sudetendeutschen sozialdemokrati-

⁷⁷ E b e n d a, Dokument Nr. 21, S. 134.

⁷⁸ Bei dieser Verhaltensweise des Exilpräsidenten ist es mehr als illusorisch anzunehmen, die „Treuegemeinschaft“ hätte mehr erreicht, wenn sie von vornherein bedingungslos an die Seite Benešs getreten wäre. Denn genauso, wie Beneš bei den Verhandlungen unter Hinweis auf die Lage in der Heimat jeden Festlegungen auswich, genauso wäre er später in der Lage gewesen, unter Verweis auf den „Volkswillen“ sich über inoffizielle Zusicherungen hinsichtlich einer sudetendeutschen Autonomie oder über eine Erklärung gegen Abschubpläne leicht hinwegzusetzen.

⁷⁹ E b e n d a, Dokument Nr. 21, S. 136 ff.

⁸⁰ E b e n d a, Dokument Nr. 22, S. 143 ff.

⁸¹ Die erste offizielle Erklärung der staatlichen Rechtskontinuität der ČSR erfolgte am 24. Juli 1940.

schen Emigration verwendet wurde. Er betonte mit Recht, daß die Erneuerung des Staates mit demokratischen Methoden erfolgen müsse, also nicht zwangsweise, sondern als freiwillige Wiederherstellung einer Staatsgemeinschaft mit dem tschechischen Volke. Gerade dazu aber hatten sich die sudetendeutschen Sozialdemokraten bereits in ihrer Deklaration vom 10. März 1940 bekannt, das heißt bereits Monate vor der Erklärung Benešs über die staatsrechtliche Kontinuität der ČSR! Wenn Jaksch dabei die Überzeugung aussprach, „daß Staaten, die mit demokratischen Methoden begründet werden, die günstigste Möglichkeit innerer demokratischer Entwicklung haben“, rührte er an einen heiklen Punkt des tschechischen nationalen Anspruchs, nämlich an Benešs unreflektierte, naiv nationalistische Voraussetzung, die Sudetendeutschen hätten überhaupt keine Entscheidungsfreiheit darüber, ob sie zur ČSR gehören wollten oder nicht⁸².

Die grundsätzlich feindselige Haltung Benešs konnte Jaksch an einem besonders aufschlußreichen Beispiel illustrieren. Der Exilpräsident hatte es dem Vorsitzenden der Treuegemeinschaft als kardinalen Fehler angekreidet, daß er „im reichsdeutschen Rundfunk“ (v říšském rozhlasu) gesprochen habe. Es handelt sich dabei um die Reihe der deutschsprachigen Sendungen von BBC, die ein Mittel der psychologischen Kriegführung gegen Hitler waren und in denen sich der Vorsitzende der Treuegemeinschaft mit Aufrufen an die sudetendeutsche Bevölkerung gewandt hatte. Obwohl also Jakschs Ansprachen im englischen Rundfunk eine klare Funktion in dem von Beneš so oft berufenen Kampf gegen den deutschen Faschismus hatten, sah der Exilpräsident darin merkwürdigerweise eine anti-tschechoslowakische Aktivität und einen Verstoß gegen die autoritär beanspruchte Untertanenschaft der Sudetendeutschen einer erst nachträglich wieder remontierten tschechoslowakischen Staatsideologie gegenüber.

Der im allgemeinen ruhige und besonnene Tenor des Briefes weicht dort einer bitteren Anklage, wo Jaksch auf die illegalen Informationen zu sprechen kommt, die Beneš gegen ihn auszuspielen versuchte⁸³. Wenn Beneš Interna dieser Art zum Anlaß genommen hatte zu bezweifeln, ob jemand mit solchen Gesinnungen überhaupt in den Staatsrat oder in den Beamtenstab des tschechoslowakischen Staates kommen könne⁸⁴, so mußte er sich mit Recht von Jaksch die Gegenfrage gefallen lassen, warum die Anti-Beneš-Kampagne der tschechischen Kommunisten in den Jahren vor dem Kriegseintritt der Sowjetunion den Exilpräsidenten nicht daran gehindert hatte, seit 1941 Kommunisten in den Staatsrat und als Staatsbeamte aufzunehmen. Natürlich wußte Jaksch genausogut wie Beneš, daß diese Maßnahme seit dem Sommer 1941 eine Frage der Opportunität war, aber der Hinweis auf das unproblematische politische Comeback der Kommunisten enthüllte die faden-

⁸² Vgl. dazu die offizielle Äußerung der tschechoslowakischen Auslandsregierung in ihrer Antwort auf die Resolution der Treuegemeinschaft vom 22. Juni 1942, J a k s c h - B e n e š, Dokument Nr. 23, S. 157: „The Czechoslovak nation cannot and never will accept the principle of self-determination for three million Germans so as it was formulated, interpreted and asserted at the last Peace Conference and for full twenty years afterwards.“

⁸³ E b e n d a, Dokument Nr. 22, S. 146 ff.

⁸⁴ E b e n d a, Dokument Nr. 21, S. 142.

scheinige Argumentation des Exilpräsidenten und seine anmaßende Richterattitüde über politische Haltungen als das, was sie in Wirklichkeit ja auch waren: Mittel der planmäßigen Diskreditierung und Diffamierung des unbequemen sudetendeutschen demokratischen Exils. Im Gegensatz zum Beneš-Brief schloß Jaksch sein Schreiben mit einer relativ konzilianter Wendung, die keine Tür für etwaige spätere Verhandlungen zuschlug. Die weitere Entwicklung des Krieges, das Scheitern der innerdeutschen Opposition im Jahre 1944 und die totale Niederlage des „Dritten Reiches“ enthoben aber den tschechischen Spitzenpolitiker der Mühe, noch einmal mit sudetendeutschen Sozialdemokraten ernstlich verhandeln zu müssen.

So blieben die tschechisch-sudetendeutschen Beziehungen auf einem Stande „eingefroren“, der nicht mehr weiterentwickelt werden konnte bzw. auch nicht mehr grundsätzlich geändert werden sollte. Die prinzipielle Erklärung der tschechoslowakischen Exilregierung vom Sommer 1942, die als Antwort auf die Resolution der sudetendeutschen Sozialdemokratie vom 22. Juni 1942 formuliert wurde, fixierte vom tschechischen Aspekt her diesen Stand der Dinge⁸⁵. Die Auslandsregierung lehnte es darin ab, irgendwelche Bedingungen der legitimen Vertreter der sudetendeutschen sozialdemokratischen Emigration zu akzeptieren, dafür hatte sie ja die bedingungslose Gefolgschaft der Zinner-Gruppe, auf die in diesem Zusammenhang ausdrücklich verwiesen wurde⁸⁶. Sie lehnte es ferner ab, dem sudetendeutschen Exil die Reeducation der Sudetendeutschen zu übertragen, eine Forderung, die erhoben worden war aus der nur allzu berechtigten Befürchtung, die Tschechen könnten eine politische Rachejustiz an den Sudetendeutschen als Mittel zur „Lösung“ der nationalen Frage benutzen⁸⁷. Die Auslandsregierung insistierte auf der staatsrechtlichen Kontinuität der ČSR in einer Weise, die erkennen ließ, daß sie darin eine juristische Grundlage für eine generelle „Bestrafung“ der Sudetendeutschen zu schaffen beabsichtigte⁸⁸. Sie bestand ferner prinzipiell auf der Notwendigkeit des „Transfers“ einer großen Zahl von Deutschen aus der Republik und funktionierte diese Frage zu einem europäischen Problem um. Das Selbstbestimmungsrecht der Sudetendeutschen wurde expressis verbis abgelehnt, ebenso eine daraus eventuell resultierende „Vertragslösung“, wie sie das sudetendeutsche sozialdemokratische Exil wünschte. Von der Plattform dieses „Programms“ brauchte Beneš nie mehr abzugehen, es sei denn, man will dessen unmenschliche Realisierung im Jahre 1945 als qualitative Änderung dieser Grundsätze interpretieren⁸⁹. Dies ist jedoch kaum möglich, da Benešs „Endlösung“ in nuce bereits in diesem Programm enthalten war. Stellen wir am Schluß unser spezielles Thema noch in größere politische Zusammenhänge, vor allem hinsichtlich der weiterreichenden Folgen des „Abschubs“ der Deutschen. Neuerliche Dokumentenfunde lassen heute einwandfrei erkennen, daß die negative Fixierung des

⁸⁵ E b e n d a , Dokument Nr. 23, S. 151 ff.

⁸⁶ E b e n d a 152.

⁸⁷ E b e n d a 153 f.

⁸⁸ E b e n d a 154 f.

⁸⁹ Abzulehnen sind die bewußten Verharmlosungen der Greuelthaten bei der Austreibung der Sudetendeutschen, etwa bei L u Ź a : Transfer 272 ff.

tschechischen Spitzenpolitikers auf „seine“ Deutschen unmittelbar Wesentliches zur Sowjetisierung der Tschechoslowakei nach 1945 beigetragen hat. Es handelt sich um die Aufzeichnungen von Benešs Freund und engem Berater *Jaromír Smutný*, speziell um dessen Notizen über die Verhandlungen zwischen Beneš, Stalin und dem sowjetischen Außenminister Molotow, die im Dezember 1943 in Moskau stattfanden⁹⁰. Aus diesen Papieren geht hervor, daß der tschechische Exilpräsident auch in Moskau zäh und unnachgiebig für sein Programm der gewaltsamen Liquidierung des Deutschenproblems in der Tschechoslowakei kämpfte und daß er vor allem bereit war, dafür alle nur erdenklichen Konzessionen an die sowjetische Seite zu machen⁹¹. Es ist in diesem Zusammenhang von entscheidender Bedeutung, daß sich die sowjetische Führung gegenüber den Plänen Benešs zur Bestrafung der Sudetendeutschen wie der Slowaken sehr reserviert verhielt, ja, im Falle der Slowaken erhob Moskau ausdrücklich Bedenken⁹². Der Verlauf der Unterredungen macht deutlich, daß Beneš in seinem „self-rightous and narrow-minded nationalism“ (V. Mastný) alles daran setzte, um die sowjetische Führungsspitze für den Transfer zu gewinnen, daß er dabei zugeben mußte, daß die Briten gegen seine Radikallösung Bedenken hatten und daß er, Beneš, der erste gewesen sei, der die Transfer-Idee entwickelt habe⁹³. Um den Sowjets seine „Endlösung“ des Deutschenproblems schmackhaft zu machen, war Beneš jedes Mittel recht. Er suggerierte seinen Gesprächspartnern, daß der Deutschentransfer gewissermaßen ein Stück sozialer Revolution und der Beginn einer generellen Verstaatlichung der Produktionsmittel sei⁹⁴. Ebenso lud Beneš die Sowjets förmlich ein, in die

⁹⁰ Mastný, V.: The Beneš-Stalin-Molotow Conversations in December 1943: New Documents. JbGO, NF 20 (1972) 367—402.

⁹¹ Aufgrund dieser Dokumente kann man jetzt endgültig die von J. W. Brügel (s. oben Anm. 76) ebenso hartnäckig wie erfolglos vertretene Hypothese ad acta legen, wonach angeblich die Kommunisten die treibende Kraft in der Frage der Zwangsausiedlung der Sudetendeutschen gewesen seien und Beneš hier nur notgedrungen in der lautstarken Transfer-Propaganda der konkurrierenden kommunistischen Seite nachgezogen habe.

⁹² Mastný, V.: The Beneš-Stalin-Molotow Conversations 374: „So screeching was his [Beneš's] indictment of their collaborationist activities that Molotov himself felt compelled to observe that we cannot very easily throw the Slovaks into the same bag as the Germans and the Hungarians.“

⁹³ E b e n d a, Dokument Nr. 2, S. 381 [Beneš] „... But the punishment of our Germans is the big thing for us. There will be few guilty people among the Czechs, more among the Slovaks but surely 90 per cent among our Germans.“ S. 383: [Beneš] „... I have to say that my plans seemed too radical to certain people in the Foreign Office: they did not like them very much ... We were the first to come up with the idea of a transfer; ...“

⁹⁴ E b e n d a, Dokument Nr. 2, S. 383: [Beneš zu Molotow]: „... 70 per cent of our Germans are rich people; these must go first, because they all have been Fascists“ ... Ausführlicher S. 384 in Zusammenhang mit der geplanten Austreibung und Enteignung der Deutschen: „... It's all very simple in form and radical, too. We shall be confiscating land, factories, mines, steelworks and banks belonging to the Germans. Since I can't give these to individuals without instigating intolerable rivalries, everything will be nationalized and taken over by the state. And having done this with the German property, I must ask the Czechs to make the same sacrifice. M o l o t o v : And

inneren Angelegenheiten der Tschechoslowakei zu intervenieren, ja, er ging in seinen Kollaborationsangeboten wesentlich weiter als die sowjetische Führung selbst beabsichtigte oder gar forderte. Mit Recht sieht V. Mastný darin den Beginn des Satellitendaseins der Tschechoslowakei, und er bestreitet daher ganz entschieden, daß der Exilpräsident ein geschickter Politiker, ein standhafter Demokrat und ein Mann des echten Kompromisses gewesen sei⁹⁵. Ebenso geht aus dem Zusammenhang, in dem das deutsche und das slowakische Problem bei den Moskauer Verhandlungen auftauchen, eindeutig hervor, daß es Benešs kleinkarierte und blinde Racheinstinkte vor allem gegenüber den Deutschen waren, die ihn veranlaßten, den Sowjets mehr an Einfluß zu offerieren, als sie selbst zu diesem Zeitpunkt wollten. Man wird Mastný weiter zustimmen müssen, wenn er als unmittelbare Folge dieser festen, vertraglich fixierten Bindung an die Sowjetunion feststellte, daß letztere bei Kriegsende völlig legal — unter Hinweis auf die in Moskau eingegangenen vertraglichen Verpflichtungen — die Beteiligung der Tschechoslowakei am Marshallplan verhindern konnte⁹⁶. Damit war eine Vorentscheidung gefallen, die mit innerer Konsequenz zum Februar 1948 führte. Mit anderen Worten: Beneš hat es damals, im Dezember 1943, bewußt auf sich genommen, in Kenntnis aller außen- und innenpolitischen Risiken die einmalige Chance zu nutzen, um gewaltsam die Tschechoslowakei in einen relativ homogenen Nationalstaat der Tschechen und Slowaken⁹⁷ umzuwandeln. Dies ist ihm durch Ausnutzung des internationalen Kräftespiels gelungen. Es bleibe dahingestellt, ob er dabei das Risiko eines radikalen politischen Systemwechsels um dieses radikalen Zieles willen bewußt einkalkuliert hatte, oder ob er — fasziniert von seiner „Endlösung“ in der Deutschenfrage, einfach zu borniert und kurzsichtig war, um die weitreichenden politischen Implikationen seiner brutalen „Korrektur“ der Geschichte Böhmens und der Slowakei zu begreifen. Man neigt dazu, eher letzteres anzunehmen.

Eine allgemeinere Bemerkung sei an den Schluß dieser Darlegungen gestellt, um dem Eindruck zu begegnen, als ginge es hier darum, nur einer Seite des politi-

you think they will accept it? They will tell you, all right, those are Germans but we are Czechs — I am always using the term Czechs to refer to the most progressive element among you.

President [Beneš]: I realize that it is and will be difficult, but I am confident that we shall succeed. The transfer of the Germans property will be the beginning of nationalization. I suppose that you realize now what else the transfer means for us: not only Czechization, but also the beginning of a great social transformation ...“

Vgl. auch Dokument 5, Punkt 4, S. 401.

⁹⁵ E b e n d a 373 f.

⁹⁶ E b e n d a 375 f. — Bemerkenswert ist in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß sich Beneš in Moskau dadurch zur persona grata zu machen versuchte, daß er ein hartes Vorgehen gegen Polen und Ungarn empfahl (S. 371 und S. 382). Es entbehrt nicht einer hintergründigen Ironie, daß sich ausgerechnet Molotow bemüßigt fühlte (S. 388 f.), auf die Stärke der polnischen Widerstandsbewegung und die Schwäche, ja Nichtexistenz einer tschechischen Résistance hinzuweisen.

⁹⁷ Mit über 700 000 Personen blieb dabei allerdings eine starke ungarische Minderheit in der Slowakei, die zweitstärkste Minorität stellten die in der Tschechoslowakei verbliebenen bzw. gewaltsam zurückgehaltenen Deutschen.

schen Kampfes alle Schuld aufzubürden oder als handle es sich hier um den makabren Versuch, für die grauenhaften Massenmorde des NS-Regimes eine fatale „Verrechnungsbasis“ zu suchen. Dies wäre ebenso geschichtswidrig wie amoralisch. Es geht hier nicht um „Schuldkonten“, sondern um die ehrliche Bereinigung offener Fragen zwischen Tschechen und Deutschen und damit um die Chance eines neuen gemeinsamen Anfangs.

Es wird oft darüber gelächelt, daß die Geschichtswissenschaft eine ihrer Aufgaben auch darin sieht, wenigstens ex post vergangenen Zeiten und Geschlechtern Gerechtigkeit widerfahren zu lassen. Ist dies eine nutzlose Spielerei, ein Hobby für Leute mit schwachen Nerven, ein Opiat, um die Wirklichkeit ertragen zu können? Ich glaube nein! Einer Person, einer Gruppe, Partei oder Nation im ruhigen Rückblick Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, sie in ihrer Situation zu verstehen, kann traumatische Barrieren abbauen helfen, Traumata, Wunden im Bewußtsein von Personen, Gesellschaften, Minderheiten heilen, die sich anderenfalls unter Umständen zu kollektiven Krankheiten und Gruppenaggressionen verdichten und damit zu einer Gefahr für die gesamte Gesellschaft werden können, nämlich dann, wenn sie nicht rechtzeitig erkannt, nüchtern überdacht und damit rational aufgelöst werden. Wenn die Geschichtswissenschaft in diesem Sinne hilft, kollektive Traumata und damit potentielle Aggressionen abzubauen, leistet sie einen wichtigen Beitrag zur Gegenwartsbewältigung.